Theoretisches Organ Nr. 3 erschienen Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 13. September 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Das ist die "Gesundheitspolitik" der Regierung

Wer arm ist, muss früher sterben

Wer erinnert sich nicht an die schrecklichen Erzählungen über das Wüten der Pocken in den deutschen Städten und Dörfern in vergangenen Jahrhunderten? Wer erinnert sich nicht daran, daß er erleichtert aufgeatmet hat und froh war, daß er heute den Ausbruch einer solchen Seuche nicht mehr fürchten braucht? Und wer erinnert sich schließlich nicht an die Kommentare der Bundesregierung oder von Fachleuten in Presse und Fernsehen, wenn in anderen Ländern, in Ländern der dritten Welt, in den letzten Jahren Hunderte von Menschenleben gefordert haben? „Im Endeffekt sind sie selber schuld", hieß es dann, „warum wird auch keine vorbeugende Behandlung durchgeführt, warum wird die Bevölkerung nicht geimpft?"

Jetzt konnte man aber in unauffälligen Notizen in der Zeitung lesen, daß bei uns in der Bundesrepublik die Pflichtimpfung gegen die Pocken abgeschafft worden ist. Die Begründung des Gesundheitsministeriums: Die Pockengefahr sei heute in der Welt gebannt.

Es stimmt, bei uns in der Bundesrepublik ist die Pockengefahr gebannt – heute noch, muß man allerdings dazu sagen. Denn der einzige Grund dafür ist der, daß im Kampf gegen die Pocken geschehen ist, was bei zig anderen Seuchen – z.B. bei Krebs – nicht passiert – eine ausreichende Vorbeugebehandlung. Allein die organisierte Impfung des überwiegenden Teils der Bevölkerung hat erreicht, daß die Pocken bei uns besiegt werden konnten, hat verhindert, daß sie sich, übertragen durch Menschen, die sich in anderen Ländern angesteckt haben, wieder bei uns ausbreiten konnten.

Noch 1973 heißt es dazu im DTV-Lexikon: „Der neuzeitliche Flugverkehr führt zu erhöhter Gefahr des Einschleppens von Pocken in sonst pockenfreie Länder, zumal die Erkrankten schon mehrere Tage vor Sichtbarwerden des kennzeichnenden Hautausschlags die Krankheit verbreiten." Deshalb, so heißt es im Lexikon weiter, besteht in allen „Kulturländern" weiter die Impfpflicht gegen die Pocken, ist ein Impfnachweis gegen Pocken auch weiterhin Voraussetzung zur Einreise in die meisten Länder.

Die Bundesregierung aber schiebt jetzt den einzigen Riegel, der ein erneutes Ausbreiten der Pockenseuche verhindern kann, die Impfung der gesamten Bevölkerung, beiseite und unterschreibt damit heute schon die Todesurteile für zig Menschen, die in einigen Jahren schutzlos einer Pockeninfektion ausgeliefert sind. Und alles nur, um ein paar Millionen Mark zu sparen.

Aber man kann sich ja weiter impfen lassen, wird mancher einwenden. Sicher, und wenn es zu spät ist, wird sich die Regierung auch darauf berufen, und der „Dummheit" und dem „Geiz" des Volkes die Schuld in die Schuhe schieben. In Wirklichkeit ist sie es, die dem Volk heute nicht nur den kostenlosen Schutz vor den Pocken raubt, sondern den Werktätigen gleichzeitig einredet, ein solcher Schutz sei auch gar nicht notwendig, die Pockengefahr sei gebannt. So werden Tausende im Vertrauen auf diese Behauptung der Bundesregierung auf eine erneute zusätzliche finanzielle Ausgabe verzichten und schon in wenigen Jahren wird der überwiegende Teil unseres Volkes nicht mehr gegen die Pocken geimpft und damit geschützt sein. **Die Verantwortung dafür trägt der kapitalistische Staat, der die Volksgesundheit gefährdet, um den Kapitalisten noch ein paar Milliarden mehr in den Rachen werfen zu können, der dazu, um dieses unglaubliche Verbrechen vor dem Volk zu vertuschen und sich nicht den Haß von Millionen von empörten Eltern zuzuziehen, die Werktätigen in einer lebenswichtigen Frage belügt.**

Fortsetzung auf Seite 4



Medizinisches Armeepersonal in China hilft den Volksmassen mit vorbeugenden Maßnahmen gegen Krankheiten.

Rettet das Leben der 5 FRAP-Genossen!



Immer noch droht 5 Genossen der revolutionären, antifaschistischen, patriotischen Front Spaniens (FRAP) die Ermordung durch die Henker des Franco-Regimes: der Mechaniker Pablo Mayoral (24 Jahre), der Journalist Manuel Blanco Chivite und seine 27 jährige Frau Milagro Pons Guillen, der Arbeiter Jose Humberto Baena Alonso und der 21 jährige Vladimiro Fernandez Tovar sollen durch das Würgeeisen umgebracht werden. Gegen diese Genossen hat die Madrider Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt. Wie schon nach der Ermordung der zwei baskischen Patrioten Jose Antonio Garmendia und Angel Otaegui wächst in Spanien, aber auch unter den fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt, die Empörung über diese neuen Verbrechen des Franco-Regimes. Wie das spanische Volk selbst, erkennt auch die internationale Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des spanischen Volkes in den Verbrechen des Franco-Regimes in erster Linie die Blutspur des US-Imperialismus, der mit der Ausweitung des faschistischen Terrors durch das Franco-Regime versucht, seine Herrschaft über das spanische Volk aufrechtzuerhalten. Andererseits darf diese Tatsache uns nicht dazu verleiten, die Augen vor dem Anteil, den der westdeutsche Imperialismus an den Verbrechen des Franco-Faschismus hat, zu verschließen. Gestützt auf den Franco-Terror plündert auch der westdeutsche Imperialismus das spanische Volk aus.

Zahlreiche Protestaktionen gegen die geplante Ermordung der FRAP-Genossen und den vollzogenen Mord an den zwei baskischen Patrioten wurden in Westdeutschland durchgeführt. Am 6. September fanden in Westberlin, Düsseldorf, Frankfurt und München Demonstrationen statt. (Bericht Seite 6)

Rote Betriebsratskandidaten

Arbeitsgerichtsprozess gegen AG-Weser gewonnen

Die beiden fristlos entlassenen Roten Betriebsratskandidaten, Norbert und Uwe, haben den Arbeitsgerichtsprozeß gegen die AG Weser Kapitalisten, der am 2. 9. stattfand, gewonnen. Das Gericht mußte die Kündigung für „rechtsunwirksam" erklären. Das ist ein Erfolg des Kampfes der Genossen und der Betriebszelle bei AG Weser.

Die kommunistischen Betriebsratskandidaten hatten anläßlich der Betriebsratswahlen eine rote Liste gebildet und ein Programm für ihre Arbeit im Betriebsrat veröffentlicht, in dem sie sich eindeutig gegen die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kapital und gegen das BVG aussprachen. Gleichzeitig haben sie den Gewerkschaftsapparat als Instrument zur Unterdrükkung der Arbeiterklasse angegriffen und sich entschieden von den modernen Revisionisten der D„K"P abgegrenzt. Am gleichen Tag, an dem sie Unterschriften für die Rote Liste zu sammeln begannen, wurden sie fristlos gekündigt und erhielten Werksverbot.

Die beiden Genossen waren den Kapitalisten von AG Weser und dem Gewerkschaftsapparat ein Dorn im Auge und sie suchten schon lange nach einem Anlaß, sie rauszuschmeißen. Die Genossen wurden von ihren Kollegen auch noch als Vertrauensmänner gewählt, wobei die Vertrauensleutewahl in der Abteilung des Genossen Norbert von der IGM-Führung nicht anerkannt wurde, was bei den Kollegen

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Roter Antikriegstag

Ein Erfolg der revolutionären Prinzipien

Der Rote Antikriegstag dieses Jahres ist ein großer Erfolg für unsere Partei und für die ganze revolutionäre Bewegung unseres Landes gewesen. Die machtvolle Demonstration von über 5000 Menschen in Frankfurt folgte einer revolutionären Linie im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, vor allem gegen die beiden Supermächte, die russischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten, die beiden Hauptkriegstreiber und größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker. Die Demonstration war gleichzeitig ein Ausdruck des wachsenden Willens zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Der anschließende Kongreß der Roten Garde, Jugend gegen den imperialistischen Krieg, an dem sich über zweitausend Jugendliche beteiligten, zeigte eindrucksvoll die Kraft und die Stärke der Jugendorganisation unserer Partei, war ein großer Schritt vorwärts beim weiteren Aufbau der Roten Garde und ihrem Kampf, die Jugend für die proletarische Revolution zu gewinnen, sie zum Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zu mobilisieren.

Nach der Aktionseinheit zum 1. Mai ist die Herstellung der Aktionseinheit zwischen unserer Partei und der GRF nun auch zum Roten Antikriegstag ein weiterer großer Erfolg. Hier noch einmal die wichtigsten Punkte der gemeinsamen Erklärung: **„unser Kampf für den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, kann nur erfolgreich sein, wenn die Supermächte von deutschem Boden vertrieben werden.''** Weiter wurde festgehalten: **„Es besteht auch Einheit darüber, daß man sich im Kampf gegen die eine Supermacht nicht auf die andere stützen kann, aber Widersprüche zwischen ihnen ausgenützt werden müssen.''** Und: **„Endgültig wird die Gefahr eines imperialistischen Krieges erst dann beseitigt, wenn der Imperialismus weltweit geschlagen ist, wenn die Weltrevolution gesiegt hat.''**

Allein daraus kann man ersehen, daß das Auftreten eines Häufleins von Menschen aus Frankfurt, Aachen und Bochum, die die Frechheit haben, sich Marxisten-Leninisten zu nennen, einen offenen Bruch der Aktionseinheit bedeutete. Schon vor Beginn der Demonstration hatten diese Leute sich Stellschilder umgehängt und Transparente gehißt, in denen sie ganz offen zum „Burgfrieden'' mit dem westdeutschen Imperialismus und zur „Vaterlandsverteidigung'' aufriefen, wobei sie als ihr Vaterland die Ausbeuter- und Unterdrückerordnung der westdeutschen Imperialisten angaben.

Aber damit nicht genug haben sie gleichzeitig dazu aufgerufen, sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus hauptsächlich auf die Armee der westdeutschen Imperialisten zu stützen und auch den amerikanischen Imperialismus, dessen Fürsorge unser Volk nicht gerade erst in der Ankündigung des Kriegsministers Schlesinger gezeigt hat, der mit dem Abwurf von Atombomben auf unser Land drohte.

Dieser völlige Verrat an den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus, das wütende Auftreten gegen die proletarische Revolution und das völlige Übergehen dieser Leute auf die Seite der Bourgeoisie sollte auch all denen die Augen öffnen, die gerade in diesen Fragen eine schwankende Haltung eingenommen hatten. Wir möchten hier nur an unseren Kampf gegen die falsche Tendenz, sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auch mit dem US-Imperialismus zu verbünden, wie sie in verschiedenen Artikeln der „Roten Fahne'' (Nr. 31, S 8; Nr. 28) zum Ausdruck kommt, erinnern und wo es beispielsweise hieß, daß es „töricht'' sei, **„ein Verteidigungskonzept gegenüber der drohenden Aggression des Sozialimperialismus ausschließlich außerhalb der NATO vorzuschlagen''** und wo der Klassenkampf im eigenen Land unter der Perspektive geführt wird, **„Es gilt die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse für den politischen Kampf gegen die Supermächte zu erweitern''** und in diesem Zusammenhang die wachsenden Volkskämpfe in unserem Land gegen die US-Imperialisten direkt verurteilt werden. **Unsere Partei hat diese Tendenzen entschieden zurückgewiesen, unter anderem in dem Artikel des Präsidiums des ZK unserer Partei (Beilage zum RM 33/75), in dem nachgewiesen wird, daß nach wie vor der Kampf für die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung steht, der der Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und für die nationale Unabhängigkeit untergeordnet ist und in dem ausdrücklich vor einer Überschätzung der – strategischen – Stärke der beiden Supermächte und einer Unterschätzung, dem Unglauben an die revolutionäre Kraft des Volkes gewarnt wird. Wer beides aus dem Auge verliert, wird unweigerlich im Sumpf des Opportunismus versinken.**

Wir begrüßen es sehr, daß in der gemeinsamen Erklärung und in den später vereinbarten gemeinsamen Parolen für die Demonstration die **revolutionären** Positionen bekräftigt worden sind und daß Karl-Heinz Hutter, Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros der GRF, das in seiner Rede auf der Abschlußkundgebung auch zum Ausdruck gebracht hat.

Die Demonstration in Frankfurt war ein Beweis für die Lebenkraft der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus, eine deutliche Absage an die opportunistische Linie des KBW, der mit der scheinbar „linken'' Behauptung, der Hauptfeind sei die westdeutsche Monopolbourgeoisie in Wirklichkeit die Versöhnung mit dem modernen Revisionismus auf seine Fahnen geschrieben hat, Verzicht auf den revolutionären Kampf auch zum Sturz des westdeutschen Imperialismus predigt und den russischen Sozialimperialismus in Schutz nimmt. Die Frankfurter Demonstration war ein wirklicher Schritt vorwärts im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die modernen Revisionismus und für die Einheit der Marxisten-Leninisten, ein Schritt, auf dem es prinzipienfest weiterzugehen heißt.

Kurz nach der Demonstration in Frankfurt begann in Offenbach der zweitägige Kongreß der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei, unter der Losung „Jugend gegen den imperialistischen Krieg''. Dieser Kongreß war die größte Aktion, die sich die Rote Garde bis dahin vorgenommen hatte, eine Aktion, eine Kampfaufgabe, die von den jungen Genossen der Roten Garde mit der Unterstützung der Partei und unter ihrer Leitung hervorragend gelöst haben „Die Jugend'', schrieb Genosse Mao Tsetung, „ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft.'' Und genau von diesem Geist war der ganze Kongreß geprägt, in diesem Geist machten sich die Genossen überall an die Agitation und Propaganda, riefen sie die Jugendlichen in Betrieb, Schule und Armee auf, den Kongreß zu besuchen und den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die beiden Supermächte aufzunehmen. Ein sozialistischer Wettbewerb zwischen den Rote-Garde-Zellen wurde organisiert und die Auszeichnung der „Sieger'', der Roten Garde Buxtehude und der Roten Garde Bochum mit den Ehrennamen Qemal Stafa bzw. Geschwister Tutulani, war einer der Höhepunkte der zwei Tage, wie das revolutionäre Zeltlager, das 1500 junge Genossen beherbergte, wie die Anwesenheit der Vertreter der jungen Marxisten-Leninisten der Bruderorganisationen, die Lieder und **natürlich vor allem die Rede des Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust.**

Die Imperialisten und ihre Handlanger, vor allem die modernen Revisionisten, aber auch die Trotzkisten und alle möglichen anderen Verräter, versuchen mit allen Mitteln, den Enthusiasmus, die Opferbereitschaft, die Wißbegier und den Elan der Jugend für ihre verbrecherischen Ziele auszunutzen und verwenden darauf große Mühe, angefangen von der kulturellen Verseuchung der Jugend bis hin zu den süßlichen Reden der Pfaffen. Wir Kommunisten dagegen haben die Pflicht, die Jugend für das glänzende Ziel der proletarischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus zu begeistern und alle die Aktivitäten, die die Rote Garde anpackt, alle Kämpfe, in die sie eingreift, haben eben dieses Zeil: Kämpft mit der Roten Garde, unter der Führung eurer Partei, der KPD/ML für die sozialistische Revolution. Dabei ist der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, in dem die Imperialisten die Jugend als Kanonenfutter mißbrauchen wollen, eine hervorragende Aufgabe, damit die revolutionäre Jugend im Ernstfall im Volkskrieg an vorderster Front kämpft.

Auf dem Weg dahin war der Kongreß der Roten Garde für alle, die daran teilgenommen haben, ein großes Erlebnis und eine große Anfeuerung.

Kampagne des KBW

Volksentscheid gegen Paragraph 218?

Der § 218 ist ein Klassenparagraph. Die Kapitalistenklasse in Deutschland benutzt ihn seit Jahr und Tag, um die werktätigen Frauen zu zwingen, die Kinder zu gebären, die sie brauchen, um die Reihen ihrer beiden wichtigsten Armeen zu füllen, der Armee der Lohnsklaven und der Armee der Soldaten in der imperialistischen Bundeswehr. Mehr Menschenmaterial für die Fabriken und Schlachtfelder zu haben, ist ihnen wichtiger, als das Leben der Mütter, als ein gesundes und glückliches Aufwachsen der Kinder. Weil das so ist, kommt es darauf an, den Kampf gegen den Paragraphen 218 als einen Kampf der unterdrückten Frauen gegen die Kapitalististenklasse und ihren Staat, als einen revolutionären Kampf zur Befreiung der gesamten Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes mit dem Ziel der gewaltsamen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

Es sind besonders die modernen Revisionisten der D„K''P, die die Empörung gegen den § 218 ausnutzen, um in den Frauen Illusionen über den kapitalistischen Staat zu wecken. Die D„K''P-Revisionisten waren es, die besonders „radikal'' gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts agitierten. Sie betonten vor allem, daß in diesem Gericht ein Nazi sitzt und taten so, als würde das „rechtsradikale'' Bundesverfassungsgericht eine zu erwartende „vernünftige'' Entscheidung des Bundestages sabotieren. Das ist aber falsch. Natürlich zeigt es den Charakter des Bundesverfassungsgerichts, daß in ihm Nazis gegen das Volk richten können und als Beschützer der Verfassung richten. Aber das ist keine Besonderheit des Bundesverfassungsgerichts. Nazis sitzen auch im Bundestag, sie saßen reihenweise in den Regierungen der Bundesrepublik, sie sitzen – höchstens durch ihre Überalterung reduziert – überall im Staatsapparat. Und sie sitzen eben da, nicht weil sie etwa nicht in den „demokratischen'' Rahmen der Bundesrepublik passen, sondern sie sitzen da, weil die Kapitalistenklasse sie für die geeigneten Menschen hält, mit denen sie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse aufrechterhalten können.

Wer deshalb, wie die modernen Revisionisten der D„K''P, die arbeitenden Frauen nur gegen das „Rechtskartell'' vom Bundesverfassungsricht kämpfen läßt, der spannt sie vor den Karren der Bourgeoisie und der ihrer Manöver zur Verwirrung der Werktätigen.

Es ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, dieser schädlichen Politik konsequent entgegenzutreten. Was ist in diesem Zusammenhang von der Kampagne des KBW gegen den § 218 zu halten?

In der Erklärung des zentralen Komitees des KBW zu dieser Kampagne in der KVZ heißt es im letzten Absatz: „Auf dieses Ziel, die proletarische Revolution und des Sozialismus, weisen alle Kämpfe des Volkes für seine gerechten und richtigen Forderungen. Auch im Kampf gegen den § 218 treten wir Kommunisten bewußt für dieses Ziel ein.''

Wie sieht es mit diesem bewußten Eintreten für die proletarische Revolution aber tatsächlich aus?

Ein Sprichwort sagt: Sage mir, wer Deine Freunde sind und ich sage Dir, wer Du bist. Schaut man sich daraufhin die Einladung zur Aktionseinheit für die geplante Demonstration am 21. 9. in Bonn an, so findet man dort nicht nur die D„K''P und die trotzkistische GIM, sondern auch die verschiedensten sozialdemokratischen Organisationen aufgeführt. Zusammen mit solchen ausgemachten Feinden der proletarischen Revolution aber kann man keinen revolutionären Kampf führen. Doch das ist noch nicht alles. Der KBW richtet sich in seinen Aktionseinheitsangeboten insbesondere an die DGB-Gewerkschaften. **Hieß es schon im Februar in der Ortsbeilage Frankfurt der KVZ: „Vor allem die DGB-Gewerkschaften wären berufen, diesen politischen Massenprotest, in dem die Arbeiterklasse voranstehen muß, zu organisieren.'' So wurden im Verlauf der Kampagne an verschiedene reaktionäre Betriebsräte – z. B. bei Hoesch – Aktionseinheitsangebote gemacht –, so ist es das ausgemachte Ziel der gesamten Kampagne, die DGB-Gewerkschaften zu stärken und die Reihen des Regierungsmai im nächsten Jahr zu füllen.** Als Schlußabsatz einer Broschüre: „Weg mit dem § 218'' heißt es: „Nach der Demonstration (am 21. 9. – RM) wird es darauf ankommen, daß die Arbeiter und alle Werktätigen diese Forderungen ergreifen, sie in den Gewerkschaften durchsetzen als Kampfparole und ihnen am 1. Mai 1976 großes Gewicht verleihen.''

Wenn DGB- und D„K''P-Funktionäre auch verschiedentlich bereitwillig die vier Forderungen des KBW unterstützt haben, dann liegt das daran, daß diese Forderungen eben nicht dazu geeignet sind, den Werktätigen den Nutzen und die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution zu erklären, sondern im Gegenteil Illusionen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus zu wecken. Es ist natürlich richtig zu fordern „Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!'', aber es ist falsch, diesen Kampf unter den Losungen zu führen „Das Volk soll selbst entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!''. Wir haben schon oben gesehen, wie diese „Volksentscheidung'' in der Praxis aussehen soll. Genau wie bei den modernen Revisionisten auch sollen die DGB-Gewerkschaften als „elementare Klassenorganisation der Arbeiter'' (KVZ) die Sache in die Hand nehmen. Die Massen können dabei notwendigerweise nichts als die Rolle des – verratenen – Fußvolks spielen. Der Betrug fängt praktisch schon da an, daß der KBW einen Volksentscheid gegen den § 218 fordert, ohne klar und deutlich zu sagen, daß es ihn überhaupt nicht gibt. Es wird offensichtlich deshalb als „Kampfmittel'' gewählt, weil man ihn besonders „radikal'' der angeblichen Entscheidung „Im Namen des Volkes'' durch das BVG gegenüberstellen kann.

Genau wie die D„K''P auch stellt der KBW das Bundesverfassungsgericht als Erzübel hin, das anders als der Bundestag über die Köpfe des Volkes hin entscheiden könne, weil es – anders als der Bundestag – nicht gewählt sei! Deshalb käme es jetzt darauf an, so der KBW, der Entscheidung dieses Gerichts die Entscheidung des Volkes gegenüberzusetzen und so viele Unterschriften zu sammeln, daß der Staat über die Wünsche des Volkes nicht mehr hinwegsehen könne.

In welcher Richtung hier Illusionen im Volk geschürt werden sollen, sprechen die Kreuznacher Mitglieder des KBW in einem Protestschreiben an die Partei klar und deutlich aus. Dort heißt es „3. wird die GRM (damit ist die Partei gemeint) nicht leugnen können, daß man eine Alternative zum reaktionären Spruch des Bundesverfassungsgerichts aufstellen muß, wenn man den Kampf gegen den Unterdrückungsparagraphen voranbringen will. Ein Volksentscheid ist die einzig vernünftige Alternative zur derzeitigen undemokratischen Gesetzgebung . . . Volksentscheid bedeutet vor allen Dingen Entmachtung des bürgerlichen Staatsapparates. Wenn auch vorerst nur in einzelnen Fragen.''

Das „bewußte Eintreten für die proletarische Revolution und den Sozialismus'' entlarvt sich also hier als blanker Reformismus. Es hilft dem KBW da auch nichts, wenn er sich bei dieser Politik auf die Volksbefragungsaktionen der KPD für die Wiedervereinigung und später gegen die Remilitarisierung beruft. Denn die KPD hat nie versucht, den Eindruck zu erwecken, daß man dadurch, daß man zeigt, daß den Entscheidungen von einigen hundert Bundestagsabgeordneten die gegenteilige Meinung von Millionen Werktätigen gegenübersteht, sich irgendetwas ändert. Die Volksbefragungsaktionen manifestierte den Willen des Volkes. Aber damals wie heute kann das Volk seinen Willen nur im revolutionären Kampf durchsetzen, kann es erst dann entscheiden, wenn es den kapitalistischen Staat gestürzt hat und die Arbeiterklasse die herrschende Klasse in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland ist.

ROTER MORGEN-Prozeß verschoben

Ohne die Angabe von Gründen ist der Prozeß gegen die Genossen Gernot Schubert, Verleger des Roten Morgen, und Karin Wagner, ehemalige verantwortliche Redakteurin, der am 3. September vor einem Dortmunder Amtsgericht beginnen sollte, verschoben worden. Ein neuer Termin ist noch nicht bestimmt worden. Für diesen Prozeß hatte die bürgerliche Klassenjustiz jeweils 7 Strafbefehle gegen die beiden Genossen in einer Höhe von insgesamt 19000DM zusammengezogen. Es ist zu vermuten, daß der Prozeß jetzt vor einem Schöffengericht durchgezogen werden soll um eine härtere Bestrafung der beiden Genossen durchzusetzen.

Kurz berichtet

KIEL

Aus Kiel erreichte uns folgender Bericht über eine Kundgebung der Partei zum Roten Antikriegstag 75 in einem Einkaufszentrum in der Innenstadt: Zunächst erläuterte ein Parteiredner kurz die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte Sowjetunion und USA und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes dagegen. Er ging auch auf die besondere Lage der Stadt als größtem NATO-Stützpunkt im Ostseeraum ein und rief zur Teilnahme am Roten Antikriegstag und am Kampf der Partei und der Roten Garde auf. Während der Rede hatten sich bereits ungefähr einhundert Menschen angesammelt. Als dann der Agitproptrupp der Partei ein Theaterstück gegen die beiden Supermächte aufführte, wurde der Zuschauerkreis noch weiter. Als dann eine Pause gemacht wurde, entbrannten heftige Diskussionen. Dabei traten lautstark zwei zivile Polizeispitzel, die wir schon kannten, auf, um gegen die Partei zu hetzen und die Bevölkerung gegen uns aufzuwiegeln. So beschimpften sie das sozialistische Albanien, weil dort bereits die Jugend zum Kampf gegen den Imperialismus erzogen und an Waffen ausgebildet wird – als militaristisch. Wer also gegen die beiden Supermächte kämpft, ist nach der Logik dieser Gangster „Militarist''. Wir nutzten jedoch die üble Hetze dieser Burschen doppelt aus. Einmal wurden durch das Geschrei der Spitzel immer mehr Leute aufmerksam und in die Diskussion gezogen. Zum anderen widerlegten wir die reaktionäre Hetze Schritt für Schritt und konnten so bei den Umstehenden einige von der Bourgeoisie gesäte Vorurteile gegen den Sozialismus und die Revolution erfolgreich bekämpfen. Hatten die Spitzel zunächst noch groß rumgetönt, von einigen Leuten auch Beifall bekommen und die Umstehenden aufgefordert, „sich gegen die Kommunisten zu wehren'' – so wurden sie jetzt zunehmend isoliert. Als sie sahen, was sie „angerichtet'' hatten, wurden sie kleinlaut und verschwanden. Wir aber diskutierten noch fast eine Stunde mit zahlreichen Personen und stießen auf starkes Interesse für die Politik der Partei.

RAVENSBURG

In Ravensburg ist die **ROTE GARDE gegründet worden. Um die neugegründete ROTE GARDE vorzustellen, haben die Genossen gleich eine Veranstaltung durchgeführt, zu der 25 Freunde und Genossen gekommen sind, darunter auch zahlreiche Mitglieder und Anhänger des KBW.** Das Interesse an der Linie der Partei zeigte sich in einer sehr regen Diskussion über die Frage: „Wie ist der Kampf gegen die beiden Supermächte zu führen?'' Auf der Veranstaltung wurden viele ROTE MORGEN und Literatur im Wert von 33 DM verkauft. Fast einstimmig wurde die Protestresolution gegen die drohenden Todesurteile gegen die spanischen Antifaschisten verabschiedet. Auf der Veranstaltung überreichte ein Genosse im Namen der Partei einem Genossen der neugegründeten ROTEN GARDE eine Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr und wünschte den Genossen viel Erfolg in ihrem weiteren Kampf.

EBRACH

Genosse Bernd Reisser ist in das Gefängnis EBRACH verlegt worden. Er hat außerdem bisher alle politischen Sachen, wie z. B. das Liederbuch der Roten Garde, Flugblätter usw., die ihm geschickt worden sind, nicht ausgehändigt bekommen. Achtung: Wegen seiner Verlegung muß die Anschrift auf der Solidaritätspostkarte geändert werden, zu deren Kauf wir auch an dieser Stelle noch einmal aufrufen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Stahltarifrunde

Betrugsmanöver der modernen Revisionisten

In der vergangenen Woche sind in einigen Abteilungen auf der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund und vom Vertrauensleutekörper der Klöcknerhütte in Bremen Forderungen nach einer 12%igen Lohnerhöhung für die kommende Stahltarifrunde aufgestellt worden. Diese Forderungen und die Propagandakampagne, wie sie von den modernen Revisionisten der D„K"P entfacht worden ist, haben mit den wirklichen Interessen der Stahlarbeiter nichts zu tun. Es handelt sich einzig und allein um ein Betrugsmanöver der modernen Revisionisten der D„K"P.

Entlassungen und Kurzarbeit in den Stahlbetrieben, Rationalisierungen und gesteigerte Arbeitshetze; die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durch den kapitalistischen Staat; die Apelle der Regierung an die Arbeiter, „Opfer zu bringen", während sie den Kapitalisten die Milliarden in den Rachen schiebt; die Ankündigung des DGB-Chefs Vetter, auf Reallohnsteigerungen zu verzichten usw. – all das ruft die wachsende Empörung der Arbeiter in den Stahlbetrieben hervor. Ein Beispiel: In der gemeinsamen Aktion der Kapitalisten und des Betriegsrates wird auf Hoesch-Union ein junger Kollege entlassen. Der Kollege aber nimmt diese Entlassung nicht hin, sondern ergreift die Initiative und mobilisiert seine Kollegen ,er wendet sich auch nicht an die Vertreter des Gewerkschaftsapparates, die ihn gerade erst betrogen und entlassen haben, sondern an das revolutionäre Komitee zur Solidarität mit Gerd Weidenfeld, um mit Flugblättern, Kundgebungen usw. den Kampf weiterzuführen.

Gerade jetzt versuchen deshalb die modernen Revisionisten der D„K"P, sich den Arbeitern als die radikale antikapitalistische Opposition zu präsentieren, die den Kampf für die Tagesforderungen der Kollegen aufnimmt. Es ist kein Zufall, daß die 12%-Forderungen gerade bei Klöckner in Bremen aufgestellt worden sind. Hier stellen die modernen Revisionisten nicht nur mit Röpcke den Betriebsratsvorsitzenden, sondern praktisch auch den gesamten Betriebsrat und beherrschen den Vertrauensleutekörper. Und auch auf Hoesch sind die Forderungen da aufgestellt worden, wo die modernen Revisionisten stark sind.

„Ein Stahlboom und Profitjahr ohnegleichen", mit dieser Parole begrüßt „die Bramme", die Betriebszeitung der D„K"P bei Klöckner die 12%-Forderung des Vertrauensleutekörpers. Und der revisionistische Betriebsrat Meyerling bei Hoesch-Phönix tönt in der UZ, daß jetzt unbedingt die Massenkaufkraft erhöht werden muß. Das sind zwei der typischen verräterischen Losungen, die die modernen Revisionisten jetzt ausgeben und mit denen sie den Kampf der Arbeiterklasse entweder von den Kassenbüchern der Kapitalisten abhängig machen wollen oder an das gemeinsame, angeblich in der Wiederherstellung der „normalen" kapitalistischen Ausbeutung beruhende Interesse von Arbeitern und Kapitalisten appellieren.

Es ist klar, daß sie damit den Kapitalisten den größten Gefallen tun, die ja selbst jederzeit an die Arbeiterklasse appellieren, die „schweren Zeiten gemeinsam durchzustehen" und die gerade jetzt ein großes Interesse an einer Propaganda haben, die den Kampf der Arbeiter auf den Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung beschränken will und den arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat als das entscheidende Kampfinstrument hinstellen.

Gerade jetzt ist es die Aufgabe der modernen Revisionisten der D„K"P, dafür zu sorgen, daß der arbeiterfeindliche, imperialistische DGB-Apparat das Heft in der Hand behält, als radikale Opposition aufzutreten, aber gleichzeitig den Gewerkschaftsapparat den Arbeitern als ihr entscheidendes Kampfinstrument zu propagieren. Wenn sie in jeder ihrer Reden, in jedem Artikel, in jedem Vorschlag für Aktionen usw. die Gewerkschaft als Kampfinstrument propagieren, wobei sie sich selbst als die radikalsten Gewerkschafter hinstellen, dann ist das der größte Verrat und Betrug, der nicht nur direkt zur Niederlage im Kampf für höhere Löhne führen wird, sondern auch direkt gegen den revolutionären Kampf, gegen den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition und damit auch gegen die Revolution gerichtet ist.

Die Demagogie der modernen Revisionisten ist sehr gefährlich. Gerade jetzt, wo die Bereitschaft der Kollegen zum Kampf wächst, müssen wir in der Stahltarifrunde unsere Anstrengungen im Kampf für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition verdoppeln. Wie die Betriebsratswahlen bewiesen haben, ist die Lage dafür ausgezeichnet.

Rote Betriebsratskandidaten

Arbeitsgerichtsprozess gegen AG-Weser gewonnen

Fortsetzung von Seite 1

große Empörung hervorgerufen hatte. Der Betriebsrat unterstützt die AG Weser Kapitalisten rege bei der Verfolgung der Kommunisten und kündigte sogar am schwarzen Brett an: „In Zukunft wird der Betriebsrat die Verleumdungen nicht mehr tatenlos hinnehmen." Gemeint waren die revolutionären Reden der Genossen auf der Belegschaftsversammlung, in denen sie die korrupten, reaktionären Betriebsräte des DGB angriffen.

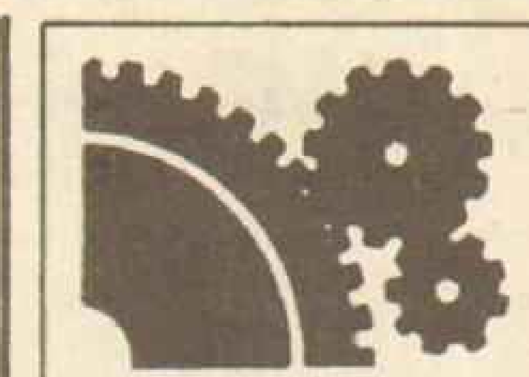
Vor allem hatten der Gewerkschaftsapparat und die AG Weser Kapitalisten Angst davor, daß die Genossen auch noch als Rote Betriebsräte gewählt werden würden und damit noch bessere Bedingungen hätten, um den Zusammenschluß der Arbeiter in der RGO voranzutreiben. Nachdem sie keine formalen Gründe hatten, um leicht und reibungslos die Kündigungen durchzusetzen, behaupteten sie, das Verhalten der Genossen habe den Tatbestand der „Volksverhetzung" erfüllt und das würde dazu führen, daß der Betriebsfrieden gestört werden würde. Als Beweis zitierten die AG Weser Kapitalisten ausschließlich aus dem Flugblatt, das am 17. 3. gegen die Entlassung verteilt worden ist. Z. B. zitieren sie: „daß der **,Kapitalismus mit den Interessen der Arbeiterklasse unvereinbar' sei ,und deshalb gestürzt werden müsse' (. . .); daß er (der Genosse Norbert – RM) ,für die sozialistische Revolution' sei (. . .); daß ,nicht die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und ihren Handlangern, sondern unversöhnlicher Klassenkampf gegen den Kapitalismus der einzig richtige Weg' ist (. . .); daß er (Genosse Norbert – RM) für den Aufbau einer ,revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)' eintrete"** usw. Diese Zitate nehmen in der Einlassung der AG Weser Kapitalisten über eine Seite ein. Es sind genau die Zitate, die im Gegensatz zur Propaganda von Klassenzusammenarbeit und Mitbestimmung der D„K"P und auch des DGB stehen. Diese Propaganda fürchtet die Bourgeoisie natürlich, denn sie dient dazu, die Arbeiterklasse auf den richtigen, auf den Weg zur Revolution zu führen.



Der zweite Grund für die Entlassung: Die Genossen würden sich mit dem Programm der KPD/ML identifizieren. Zum Beweis führen sie wieder revolutionäre Zitate aus Flugblättern an. „Daraus folgt", so schreiben sie, „daß die KPD/ML offensichtlich eine Nachfolgeorganisation verfassungswidriger, auf Umsturz zielender Parteien ist." Damit sagen sie gleich selbst, daß die D„K"P also nicht die Nachfolgeorganisation der revolutionären KPD ist, wie sie sonst ständig behaupten, um die D„K"P den Arbeitern als Kommunistische Partei zu verkaufen. Mit diesen Begründungen beweisen die Kapitalisten offensichtlich, daß es ihnen darum geht, die kommunistische Agitation und Propaganda im Betrieb zu unterdrükken und zu verbieten und jeden entlassen zu können, der sich auf das Programm der Partei stellt.

Beim ersten Verhandlungstermin legten die Genossen gleich dar, daß das Arbeitsgericht für die Frage von Verbot kommunistischer Agitation und Propaganda und für die Frage des Verbots der Partei überhaupt nicht zuständig sei, und also dieser Punkt auch gar nicht verhandelt werden könne und als Kündigungsgrund gelten könne. Dem mußte der Arbeitsrichter zustimmen. Dann legten die Genossen dar, daß es einen Betriebsfrieden überhaupt nicht gibt und sie deshalb auch keinen gebrochen hätten; denn der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ist unversöhnlich, da gibt es niemals Frieden. Auf Antrag des Rechtsanwalts von AG Weser wurde die erste Verhandlung dann unterbrochen. Trotz langer Verschleppung des zweiten Verhandlungstages kamen wieder ca. 30 Freunde, Kollegen und Genossen, wie auch beim ersten Verhandlungstag. Diesmal sagte der Richter überhaupt nichts Inhaltliches zur Sache, er drohte lediglich, die Öffentlichkeit auszuschließen, weil die Zuschauer die Reden des Genossen Norbert (Genosse Uwe war krank) mit Beifall unterstützten. Dem Genossen wurde ein Strauß roter Nelken überreicht und eine Spende über 33,50 DM von einer Stadtteilgruppe der Roten Hilfe Deutschlands. Das Gericht beendete den Prozeß mit der Begründung, daß es sich auf unbestimmte Zeit zur Beratung zurückziehen müsse. Über ihren Rechtsanwalt haben die Genossen dann erfahren, daß die Kündigungen für „rechtsunwirksam" erklärt worden sind, ohne bisher eine Begründung dafür erhalten zu haben.

Am nächsten Tag nach dem Prozeß geht Genosse Norbert auf die Werft. Seine Kollegen empfangen ihn freudig und er muß ihnen genau über den Prozeß berichten. Doch das Urteil garantiert keinesfalls die Wiedereinstellung der Genossen, was sich auch schon darin zeigte, daß Genosse Norbert keine Arbeit bekam, sondern von der Werft gebracht wurde. Aber das Urteil bildet eine bessere Bedingung für den Kampf um die Wiedereinstellung, die nur durchzusetzen ist, wenn die Kollegen für die Wiedereinstellung mobilisiert und zusammengeschlossen werden.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

KEIN GELD, ABER DROHUNGEN MIT DER POLIZEI

Ich bin seit dem 1. 6. arbeitslos. Nach meiner Entlassung habe ich mich sofort arbeitslos gemeldet, weil man ja sonst Geld verliert. Ich bin bestimmt so sechsmal in 2 Monaten beim Arbeitsamt gewesen, auch wenn sie mich dort angeschnauzt haben, ich solle nicht immer kommen, wenn sie was wollten, dann bekäme ich eine Karte. Ich will aber wieder arbeiten und hatte inzwischen begriffen, daß man selbst dann auch dahinter her sein muß. Als ich am 1. 8. immer noch kein Geld hatte, bin ich wieder hin. Zuerst die üblichen Pöbeleien, ich würde ihren Laden aufhalten, wenn ich unaufgefordert käme. Ich ließ mich nicht abweisen und verlangte Auskunft, warum ich nach 8 Wochen immer noch kein Geld hätte. Sie suchten meinen Antrag raus und ich traute meinen Ohren nicht, was ich da zu hören bekam: Es täte ihnen ja furchtbar leid, ich hätte den falschen Antrag ausgefüllt, deshalb hätte ich noch keine Kohlen. Tausend Entschuldigungen, nun müsse ich einen neuen Antrag ausfüllen. Es ist ja wohl mehr als natürlich, daß man angesichts dessen aus der Haut fährt. Ich bin ein wenig laut und wütend geworden. Die Antwort war die Drohung mit dem Ruf nach der Polizei. Wenn ich ausfallend würde, müßten sie sie holen, daß hätten sie schon öfters gemacht. Auf meine Bemerkung, die Polizei sollte wohl altbewährt mir meine finanzielle und materielle Not gleich mit dem Gummiknüppel austreiben, bekam ich die zynische Antwort, ich könne ja beim Sozialamt Sozialhilfe beantragen. Da ich langsam in meinem Schuldenberg ersticke, bin ich dorthin gegangen, da hat man mir erklärt, daß es sich nicht lohne, einen Antrag zu stellen, der dauert genauso lang, bis der Antrag auf Arbeitslosengeld bewilligt ist. Also Geld kriege ich bislang von keinem dieser „freiheitlich-demokratischen" Institutionen. Ich bin noch verhältnismäßig gut dran, denn ich habe keine Familie. Was für ein Gefühl mögen erst die Millionen Familienväter haben, mit denen jeden Tag genauso umgesprungen wird, wenn sie arbeitslos sind. Ein gutes Gespräch hatte ich noch mit einer älteren Frau, die auch seit 2 Monaten auf ihr Geld wartet. Wir sprachen so über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Behandlung auf dem Arbeitsamt und was man dagegen tun kann. Als ich sagte, es gäbe Leute, die sich Kommunisten nennen und uns einreden wollen, es ginge alles friedlich zu lösen, fing die Kollegin an, schallend zu lachen und sagte prustend zu mir: „Ja, geh noch mal rein und versuche gütlich und freundlich die Leute davon zu überzeugen, daß du Geld brauchst, weil du Hunger hast. Sie reagieren gleich so hysterisch, daß sie demnächst die Polizei hier auf und ab marschieren lassen, wie im Gericht oder beim Baader-Meinhof-Prozeß." Ich glaube, es ist nicht eine Einzelerfahrung, sondern es werden viele erkennen, daß man hier nur mit dem Stahlbesen und Bajonett ausmisten kann.

Rot Front!

Eine Genossin aus Hamburg

TAUSEND ZÜGE

Tausend Züge rollen Tag und Nacht.
Wir haben sie zum Rollen gebracht.
Mit viel Müh', Blut und Schweiß
Brachten wir die Loks aufs Gleis.
Doch die Bosse dort droben,
Die sich auf unsren Knochen erhoben,
Woll'n uns vom Lohn, dem knappen,
Nun noch die Prozente kappen.
Tausend Züge rollen Tag und Nacht.
Wir haben sie zum Rollen gebracht.
Weil den Herren die Profite fehlen,
Woll'n sie's uns vom Lohne stehlen.
Doch die Bosse werden's erleben,
Auch Eisenbahner könn' sich erheben.
Denn wenn Eisenbahner es wollen,
Werden Tag und Nacht keine Züge rollen.
Dann steh'n tausende Züge Tag und Nacht.
Eisenbahner haben sie zum Stehen gebracht.
Doch unsre Not hat erst dann ein Ende,
Wenn wir vertraun auf unsre eigenen Hände.
Dann werden sich alle Arbeiter erheben,
Das Ausbeuterpack auf den Müll zu fegen.
Danach rollen wieder tausend Züge Tag und Nacht,
Für den Arbeiterstaat haben wir sie zum Rollen gebracht.

August 1975, ein Genosse aus dem Bundesbahn-Ausbesserungswerk Bremen-Sebaldsbrück

PRESSEKONFERENZ BEI AEG-SICKINGENSTRASSE IN WESTBERLIN

Vorletzte Woche war hier in der Sickingenstraße im Anlagenwerk eine Pressekonferenz, abgehalten von den AEG-Kapitalisten mit dem Ziel, die Auftragslage zu erhöhen, vor allem auch mit dem Blick auf die Funkausstellung, wo ja bekanntlich eine Menge Leute, auch ausländische Kunden hinkommen. Was wurde hierzu im Werk nicht für ein Rummel gemacht, keine Kosten wurden gescheut, alles mußte blitzsauber für die Fotographen gemacht werden. Sogar die Pfeiler in den Abteilungen wurden gestrichen und plötzlich wurde bekannt, daß es notwendig war, die Sicherheitsmarkierung auf dem Hof mal wieder nachzustreichen. Bei Teleport VII (ein Funkgerät – RM) mußten einige Kollegen nur zum Fotographieren mit ihrem Werkzeug in eine andere Abteilung, damit den Fotographen die klimatischen Verhältnisse dort nicht auffallen. Ja, für solche Scherze war Geld da, aber die Klimaanlage durfte warten, erst jetzt, wo die Hitzeperiode vorbei ist, wurde sie in Betrieb genommen. Aber die teuerste war sie bestimmt nicht. Die Kollegen kamen sich langsam verschaukelt vor, denn das Ding war zu laut und die Luftbewegung, die im Saal gebraucht wird, damit die richtige Temperatur erreicht wird, zu groß. Ergebnis: es zieht. Auch für die Bezahlung der Vorarbeit während der Urlaubszeit von Kollegen ist „kein Geld da". Die Geschäftsleitung wollte sogar, daß die Kollegen in der Abteilung Teleport VII, in der Zeit, wo vorgearbeitet werden soll, also Mitte Oktober bis Mitte Dezember keinen Urlaub machen, Urlaubssperre also. Und der Betriebsrat, der schon längst von dieser Unverschämtheit wußte, hielt es nicht einmal für nötig, unten bei den Kollegen ein Wort des Protestes zu verlieren.

Revisionistisches

DDR – FÖRDERUNG DES PRIVATEIGENTUMS

Wie die revisionistische „Deutsche Volkszeitung" am 28. August stolz berichtet, wird in der DDR zum 1. Januar 1976 das alte „Bürgerliche Gesetzbuch" von 1900 durch ein neues „Zivilgesetzbuch" ersetzt, in dem angeblich, wie es in der Präambel dazu heißt, „die von den Anschauungen der Arbeiterklasse bestimmten Prinzipien der sozialistischen Moral ihren Ausdruck" finden. Was es mit diesen Prinzipien in Wirklichkeit auf sich hat, zeigt z. B. ganz klar der 4. Teil dieses Gesetzbuches, in dem es um die „Nutzung von Grundstücken und Gebäuden zum Wohnen und zur Erholung" geht. In aller Offenheit schreibt die „DVZ": *„Hier wird ausdrücklich das Eigentumsrecht für Erwerb oder Verkauf festgelegt. Hier wird Privateigentum gefördert und nicht etwa, wie von DDR-Gegnern oft wahrheitswidrig unterstellt, ‚sozialisiert'."*

„Förderung des Privateigentums" das ist allerdings keine Anschauung der Arbeiterklasse und auch kein Prinzip der sozialistischen Moral, sondern das sind die Anschauungen und die Moral der neuen Bourgeoisie in der DDR, die, wie jede andere Bourgeoisie in der Welt auch, ihr „Recht auf Privateigentum", d. h., ihr Recht, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken, mit allen Mitteln verteidigt. In der DDR herrscht das Wolfsgesetz des Kapitalismus und das spiegelt sich eben auch in dem Zivilgesetzbuch wieder. Ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats dagegen, wie die VR Albanien oder die VR China, tut alles, nicht um das Privateigentum zu fördern, sondern, um es einzuschränken und damit den alten Ausbeuterklassen und den neuen bourgeoisen Elementen den Boden unter den Füßen zu entziehen und die Diktatur des Proletariats zu festigen. In der DDR ist es gerade umgekehrt. Die neue Bourgeoisie tut alles, um ihre Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft über die Arbeiterklasse und die Werktätigen zu festigen.

DEKADENTE KUNST – EIN MERKMAL DER REVISIONISTISCHEN ENTARTUNG

In Moskau wurde vor einiger Zeit eine Ausstellung mit modernistischen und religiösen Gemälden eröffnet. Sie ist die dritte Ausstellung dieser Art innerhalb weniger Monate. Dort sind die Werke von 185 dekadenten Malern ausgestellt. Solche Ausstellungen der bürgerlichen dekadenten Kunst werden auch in anderen Republiken der Sowjetunion veranstaltet. Die polnischen Revisionisten übertreffen aber sogar noch ihre Oberherren. Wie die Nachrichtenagenturen berichten, wurde in Krakau die 6. internationale Ausstellung der pornographischen Fotographie eröffnet. Die Eröffnung dieser Ausstellung mit ihren Medaillen und Prämien, um eine möglichst große Zahl von Teilnehmern anzulocken, wurde bereits vorher durch Rundfunk, Fernsehen und Presse der polnischen Revisionisten bekanntgegeben. In dieser Ausstellung sind 400 pornographische Fotos aus 45 verschiedenen Ländern, darunter auch der revisionistischen Länder ausgestellt. Betonenswert ist, daß auch in den anderen revisionistischen Ländern eine große Propaganda für diese Ausstellung gemacht wurde. Um die „Meisterwerke" der bürgerlichen und revisionistischen Pornographie kennenzulernen, haben sich sogar verschiedene Touristengruppen nach Krakau begeben. **Solche Ausstellungen in der Sowjetunion, in Polen und den anderen revisionistischen Ländern sind kein Zufall. Die Machthaber in den revisionistischen Cliquen fördern alles dekadente, um die Aufmerksamkeit der werktätigen Massen vom Klassenkampf abzulenken, um sie auf den Weg der moralischen Entartung und Verrottung zu treiben.**

Mörder seines Vaters als Zeuge

6 Monate Gefängnis gegen Pit Routhier beantragt

Am 5. 9. fand in Duisburg der Prozeß gegen Genossen Pit Routhier, den Sohn des ermordeten Genossen Günter Routhier statt. Die ganze Anklage gegen Genossen Pit ist aufgebaut auf einem Lügengebäude der politischen Polizei, mit dem Ziel, Genossen Pit, nachdem sie schon seinen Vater ermordet haben, ins Gefängnis zu werfen.

Pit ist angeklagt wegen Landfriedensbruch und Verunglimpfung des Staates (§ 90a). Er soll angeblich am 1. Mai 1974 bei der Demonstration Autos von Polizeispitzeln mit Füßen getreten und am 5. 6. 74 vor der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner gegen Mannesmann, bei der sein Vater erschlagen wurde, die Betriebszeitung, den Röhrenkieker, verteilt haben.

Dieser Prozeß ist eine einzige Unverfrorenheit der Bourgeoisie. Nicht nur, daß die Bourgeoisie durch ihre Polizei seinen Vater, Genossen Günter Routhier, ermorden ließ und alle Ermittlungen wegen Mordes gegen die Polizei eingestellt hat, jetzt will sie auch seinen Sohn vors Gericht zerren um ihn ins Gefängnis zu werfen. Keine Methode ist ihnen schmutzig genug, ihr Ziel durchzusetzen. So wird sogar einer der Mörder von Günter als Zeuge gegen Pit aufgefahren. Schabronat vom Bundeskriminalamt, der in Duisburg wohlbekannt ist, der schon damals bei der Festnahme von Pit nach der Arbeitsgerichtsverhandlung drohte: „Routhier, dich krieg ich auch noch, dann mach ich dich alle." Heute dient dieser abgebrühte, berufsmäßige Polizeischläger dem Staatsanwalt und dem Gericht als der „glaubwürdige" Zeuge gegen Genossen Pit. Als die Polizei Pit damals verhörte, drohten sie ihm schon an, er würde einen Prozeß kriegen, wegen Widerstand, Land- und Hausfriedensbruch, Körperverletzung und wenn er nicht aufhören werde mit der Politik, dann würde er für immer hinter Gittern verschwinden. Das zeigt, wie sie Genossen Pit schon von Anfang an an den Kragen wollten.

Jetzt hat der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis für Genossen Pit gefordert, ohne auch nur einen Beweis zu haben, außer den Lügenkonstruktionen von Schabronat und anderen Polizeischlägern. Die Polizeizeugen verwickelten sich selbst bei ihren Aussagen in Widersprüche. So wollte der eine Genossen Pit gesehen haben, wie er ins Auto getreten hat, während andere aussagten, sie hätten ihn nicht am Auto gesehen. Einer gab sogar zu, daß er eine durchgeladene Pistole bereitgehalten hatte und auch sofort geschossen hätte, wenner sich bedroht gefühlt hätte. Während sich diese Polizeizeugen in ihren Lügenkonstruktionen verhedderten, tischte Schabronat kaltlächelnd eine neue auf. Er behauptete einfach, daß Pit ihm in sein Auto getreten hätte, als er nach der Demonstration auf dem Weg nach Hause anhalten mußte. Kein anderer außer Schabronat hatte auch Genossen Pit die Flugblätter verteilen sehen. Schabronat lieferte auch hier die angeblichen Beweise um Genossen Pit vor das Gericht zu zerren. Auch bei den in Pits Akte befindlichen Dossiers vom Verfassungsschutz hat Schabronat seine schmutzigen Finger im Spiel. Sie dienen dazu, Pit als politischen Serientäter abzustempeln, um damit das Strafmaß heraufsetzen zu können. Als die Verteidigung Schabronat dazu Fragen stellen wollte, fuhr der Staatsanwalt hoch „das geht sie gar nichts an, wie der Verfassungsschutz arbeitet" und Schabronat gab er schnell zu verstehen, daß er dazu nichts aussagen solle.

Die Beweisanträge des Genossen Pit wurden natürlich alle vom Gericht abgelehnt und Pit selbst wurde genau dann das Wort entzogen, wenn er über die Vorgänge bei der Demonstration und beim Arbeitsgerichtsprozeß berichten wollte. Davor fürchteten sich die Herrschaften, denn dadurch würden ihre bestialischen Taten noch mehr an die Öffentlichkeit gebracht werden. Deshalb hat Pit bisher auch als einziger keine Anzeige wegen der Auseinandersetzung im Arbeitsgericht erhalten. In Rage gerieten die Herrschaften, als Pit sagte, daß die Bourgeoisie seinen Vater ermordet hätte. Der Staatsanwalt drohte gleich mit einer neuen Anzeige.

Nachdem die Verteidigung beantragt hat, die Mutter von Pit als Zeuge zu vernehmen, die im Gegensatz zu Schabronat bezeugen wird, daß Pit die Betriebszeitung gar nicht verteilt haben kann, unterbrach das Gericht die Verhandlung und vertagte sie auf den 9. 9. 75. Es ist offensichtlich, daß die Bourgeoisie, nachdem sie Genossen Günter auf dem Gewissen hat, jetzt alles daransetzt um seinen Sohn ins Gefängnis zu werfen. Dazu ist jedes Mittel recht. Die Arbeiterklasse wird sich aber solche Elemente wie Schabronat merken. Ihre Taten werden nicht vergessen und sie werden von der Arbeiterklasse zur Verantwortung gezogen werden, denn auch mit solchem Terror läßt sich der Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse nicht verhindern.

Prozeßtermine

Am 16. 9. findet im Duisburger Amtsgericht um 12.30 Uhr im Zimmer 159 der Prozeß gegen Genossin Meike Tuschen statt. Sie ist angeklagt, weil sie Presseverantwortliche des Röhrenkiekers ist und angeblich Flugblätter verteilt haben soll, die den Mord an Genossen Günter und den Polizeiüberfall auf die Trauergäste angreifen.

Am 17. 9. findet im Duisburger Amtsgericht um 9 Uhr im Zimmer 179 der Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner statt. 7 Anklageschriften im Zusammenhang mit der Ermordung Günters sind zu diesem Prozeß zusammengefaßt worden. Die bürgerliche Klassenjustiz will Genossen Hanfried zu einer Gefängnisstrafe verurteilen.

Vom Aufbau des Sozialismus

FAHRBARE ARBEITSSTÜHLE FÜR TEXTILARBEITERINNEN

Seit Entstehung der modernen Textilindustrie mußten die Textilarbeiterinnen ihre Maschinen zu Fuß bedienen. Schätzungsweise hat eine Weberin in einem achtstündigen Arbeitstag etwa 15 km zurückzulegen, was in acht Jahren einer Strecke gleich dem Erdumfang entspricht.

Konnte eine mechanische Einrichtung das Zufußgehen ersetzen? Im alten China konnte diese Frage erst gar nicht aufkommen, weil damals die profitgierigen Kapitalisten die Arbeiter zwangen, in den Brutöfen von Werkstätten täglich über 10 Stunden zu schuften, und wegen des völligen Fehlens von Arbeitsschutz kam es häufig zu Unfällen. Mit der stetigen Entwicklung der Produktion im sozialistischen China hat die Volksregierung jedes Jahr besondere Fonds der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Textilarbeiterinnen gewidmet, darunter bessere Ventilation, wirkungsvollere Methoden zur Herabsetzung der Temperatur und viele neue Erfindungen und Maßnahmen zur Verringerung der notwendigen Arbeitsintensität. Dazu kamen nun als neueste Einführung in vielen Textilfabriken mobile Arbeitsstühle. Aber die Einführung solch einer Neuerung, die schon lange der Wunsch der Textilarbeiterinnen gewesen war, lief nicht ohne Schwierigkeiten ab. Beeinflußt von der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis, betonten manche Leute einseitig den „ökonomischen Vorteil" und argumentierten, es seien die für die Konstruktion eines solchen Stuhles notwendigen „technischen Angaben nicht vorhanden." Infolgedessen gingen die Wünsche der



Arbeiter nicht in Erfüllung. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution verurteilten die Arbeiter die revisionistische Linie in der Betriebsführung und entschlossen sich, selbst mobile Arbeitsstühle zu entwerfen und herzustellen.

Unterstützt von den zuständigen Abteilungen, wurden in vielen Textilfabriken „Dreierverbindungs"-Gruppen eingerichtet, in denen die Arbeiter die Hauptkraft bilden und mit leitenden Kadern und Technikern vereinigt sind, um die entsprechende Forschungsarbeit zu leisten.

Die in dieser Art Gruppen zusammengefaßten Arbeiter der Pekinger Baumwollfabrik Nr. 1 entfalteten bei der Bemühung um die Lösung der Aufgabe, so schnell wie möglich fahrbare Stühle zu entwickeln, voll ihren revolutionären Enthusiasmus. Sie kamen früh zur Arbeit und gingen spät zurück, manche schliefen sogar in den Werkstätten. Beim Entwurf der Räder untersuchten sie die von Motor-Dreirädern, Autos und der Eisenbahn. Die verschiedenen Körpermaße der zukünftigen Benutzer wurden beim Entwurf von Sitz und Rückenlehne in Betracht gezogen. Nach vielen Experimenten und Verbesserungen waren ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt.

Diese Erfindung wird nun schon in einigen Baumwollfabriken in Peking, Shanghai und anderen Städten eingesetzt.

Die 'Gesundheitspolitik' der Regierung

Wer arm ist, muß früher sterben

Fortsetzung von Seite 1

Aber die Menschen, die in 10, 15, 20 Jahren an den Pocken sterben werden, sind nicht die einzigen, deren Tod bereits heute von der Bundesregierung geplant wird. Vor einigen Wochen konnte man in einer nordrhein-westfälischen Zeitung lesen: „79 Krankenhäuser mit 4 200 Betten in Nordrhein-Westfalen werden nicht mehr in den vorläufigen Krankenhausbedarfsplan aufgenommen, **weil nicht positiv festgestellt werden konnte, daß sie zur Versorgung der Bevölkerung erforderlich sind.** Allein im Münsterland sollen 38 Krankenhäuser ihre Pforten schließen." (Hervorhebungen durch die Redaktion).

1971 noch hieß es im Gesundheitsbericht der Bundesregierung, daß die Zahl der Krankenhauspatienten von 7.4 Millionen im Jahre 1960 auf 9,1 Millionen 1969 gestiegen ist, und der Bericht fährt fort: „Auch diese Zahl wird weiter steigen, weil die Medizin heute Krankheiten erkennen und behandeln kann, die früher den sicheren Tod bedeuteten; weil die höhere Lebenserwartung (der Gesundheitsbericht verspricht ein Ansteigen auf ein Durchschnittsalter von 85 Jahren) die Zahl der Kranken, die auf stationäre Behandlung angewiesen sind, vermehrt; weil die Krankenhäuser heute pflegerische Aufgaben übernehmen müssen, die früher von der Familie getragen wurden."

Drei Jahre später, 1974, ist die Lebenserwartung in Deutschland zum erstenmal seit 30 Jahren gesunken. Vier Jahre später, 1975, wird die Schließung von 79 Krankenhäusern in NRW beschlossen, weil „nicht positiv festgestellt werden konnte, daß sie zur Versorgung der Bevölkerung erforderlich sind"; wird zum Beispiel für Hessen beschlossen, daß 4 560 Betten (das sind 11% des Bestandes) gestrichen werden sollen. Der Gesundheitsbericht der Bundesregierung selbst gibt die Konsequenzen, die daraus folgen, an: beschlossen wird mit den Maßnahmen nichts anderes als der Tod von Menschen, die leben könnten, wenn nicht der Staat ihnen das bißchen medizinische Versorgung, das dazu notwendig ist, verweigern würde.

Die Bundesregierung sagt, wir müssen alle sparen. Aber woran wird denn gespart? Für die Kapitalisten ist das Geld da. Sie haben gerade erst wieder einige Milliarden zugeschustert bekommen. Wenn es um die Gesundheit der Werktätigen geht, aber heißt es: 4 560 Betten müssen weg, das spart 700 Millionen. Auch für die Polizei und für die Justiz ist das Geld da. Wenn es darum geht, die Polizei mit neuen Kampfmitteln gegen die Bevölkerung auszurüsten, zum Beispiel mit dem Giftgas Chemical Mace, dann kommt es auf ein oder zwei Milliarden nicht an. Und natürlich wird auch weiter nicht an der gesundheitlichen Versorgung der Reichen gespart werden. Bundeskanzler Schmidt wird auch weiterhin seinen Schnupfen in einer Privatklinik, umschwänzelt von einem Heer von Kapazitäten, auskurieren und nicht zu Hause im Bett. Und die vielgeplagten „Manager" werden sich auch weiterhin in teuren Waldsanatorien von ihrem „Streß" erholen. **„Kostenexplosion" heißt es nur da, wo es um die Werktätigen geht. „Unabdingbare Ausgaben" heißt es da, wo es um den Profit und um die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalisten geht.**

Was hat es denn mit dieser „Kostenexplosion" auf sich?

Es stimmt, die Krankenpflegesätze sind in den letzten 15 Jahren von 25 auf 180 DM gestiegen. Gleichzeitig aber stieg in den letzten Jahren auch die Todesrate in den Krankenhäusern um 17%. Die bessere medizinische Versorgung kann also nicht der Grund dafür sein. Auch wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Krankenschwestern heute ein Gehalt bekommen, das 15 mal so hoch ist wie vor 15 Jahren. Gestiegen sind aber die Arzneimittelkosten. Und zwar allein von 1970 bis 1974 um 92%. Nicht umsonst ist die Pharmazeutische Industrie der Zweig der Chemieindustrie, der den höchsten Profit macht. Bezahlen müssen wir dafür – mit unserer Gesundheit und mit unseren Krankenkassenbeiträgen.

Rund 1 500 DM zahlt jeder von uns im Jahresdurchschnitt an die Krankenkassen. Und da sind selbst mit Krankenhauspflegesätzen von 180 DM weitere Erhöhungen nicht zu rechtfertigen, wenn man von 9,2 Mill. Krankenhauspatienten 1969 ausgeht. **Für diese Erhöhungen gibt es nur einen Grund, die Tatsache nämlich, daß die Krankenkassen nur dem Namen nach gemeinnützig sind, in Wirklichkeit aber kapitalistische Unternehmen wie z.B. die Banken auch.** Und es ist der gleiche kapitalistische Staat, der den Kapitalisten weitere Millionen zuschustern will, indem die vor kurzem noch als besonders sozial gepriesene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall jetzt auf 80% gesenkt werden soll, der gleich auch dem Profit der Krankenkassen kräftig nachhilft. So sieht jetzt ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor, daß die Garantiehaftung der Gemeinden für die Ortskrankenkassen abgeschafft werden soll: „Die Ortskrankenkassen sollen künftig ihre Beiträge erhöhen, wenn sie zur Deckung der Leistungen nicht ausreichen." Auch hier wird der Eindruck erweckt, als seien die Krankenkassen gemeinnützige Einrichtungen, die im Idealfall ihre Bilanz mit plus – minus Null abschließen sollen. In Wirklichkeit sieht es aber ganz anders aus. Allein die Deutsche Krankenversicherungs AG hatte 1974 nach eigenen Angaben einen Überschuß von 26.9 Millionen!

Diese Tatsachen zeigen, was es mit der „Volksgesundheit" bei uns in der Bundesrepublik auf sich hat. Für den Staat zählt bei seinen Überlegungen nicht die Gesundheit des Volkes, sondern allein der Gesichtspunkt, den Kapitalisten in ausreichender Menge Arbeitskräfte bereitzustellen. Es ist deshalb kein Zufall, daß die medizinische Versorgung der Menschen, die für das Monopolkapital als Arbeitskräfte uninteressant sind, wie der Alten und der Werktätigen auf dem Lande, noch schlechter ist als der Durchschnitt. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß in Zeiten der Krise, wo die Arbeitslosenzahl in die Millionen geht, sich die Angriffe auf das Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung der Werktätigen verschärfen.

Und selbst diese miserable Gesundheitsversorgung wird nach Heller und Pfennig gehandelt, ist zu einer neuen Profitquelle geworden, auf die sich die Pharmazeutische Industrie und andere und die Krankenkassen wie Hyänen stürzen, um den Arbeitern einen gut Teil des Lohnes, den sie erhalten haben, sofort wieder aus der Tasche zu ziehen.

Deshalb wird es im Kapitalismus nie ein Gesundheitswesen im Interesse der werktätigen Bevölkerung geben. Deshalb ist der Kapitalismus absolut nicht in der Lage, der werktätigen Bevölkerung ein gesichertes, gesundes Leben mit einer wachsenden Lebenserwartung zu garantieren. Ein solches Gesundheitswesen wird erst die Arbeiterklasse in Deutschland aufbauen können, wenn sie diesen Staat, der kaltblütig heute den Tod von Tausenden plant, stürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet.

Theoretisches Organ Nr. 3

Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen!

Die Nummer 3 des theoretischen Organs der KPD/ML „Der Weg der Partei" ist erschienen: „Linie und Entwicklung der Gruppe ‚Rote Fahne' (KPD)", Untertitel: „Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen!" Diese Nummer des theoretischen Organs schließt an die letzte Ausgabe „Der Aufbau der bolschewistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus" an. Sie mißt Linie und Entwicklung der GRF an den dort herausgearbeiteten Prinzipien des bolschewistischen Parteiaufbaus.

Der Band umfaßt annähernd 500 Seiten, (davon annähernd 50 Seiten Dokumentenanhang) und ist für 7,– DM bei der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus und in allen Parteibüros und Buchläden ROTER MORGEN zu kaufen.

Die Untersuchung umfaßt vier Hauptbereiche: **Teil A** legt dar, warum die Gründung der GRF, die sich damals noch als „Aufbauorganisation" bezeichnete, ein gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten gerichteter, spalterischer Akt war. Er behandelt die Vorgeschichte der GRF (AO)-Gründung, indem er die wichtigsten ideologischen Einflüsse innerhalb der zerfallenden Studentenbewegung skizziert und nachweist, daß sie die kleinbürgerlichen Grundlagen der GRF-Gründung geprägt haben. Ideologisch ist der Zentrismus, der Versuch, den Marxismus-Leninismus mit modernem Revisionismus und Trotzkismus zu versöhnen, das entscheidende Merkmal der GRF-Gründung. Insbesondere wird auch darauf eingegangen, daß die Gründer der GRF die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die führende Rolle der Intelligenz ersetzten und daß sie zur Rechtfertigung ihrer Spaltergründung dem lange vor der GRF-Gründung von der KPD/ML in Angriff genommenen Aufbau der bolschewistischen Partei ein kleinbürgerliches Zirkelkonzept entgegensetzten.

Teil B behandelt die Frage, ob und wie die GRF-Führer ihre zentristische Position gegenüber dem modernen Revisionismus, ihre Angriffe auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihre unbolschewistischen Auffassungen vom Parteiaufbau korrigiert haben.

Teil C erläutert die grundlegende Linie der GRF heute, wobei auf einige nach dem 1. Mai 1975 vorgenommene Korrekturen nicht mehr eingegangen werden konnte. Dieser Teil behandelt die revisionistischen und trotzkistischen Einflüsse, die Ablenkung vom konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus als dem Hauptfeind in der Arbeiterbewegung und den Versuch, gegen die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung eine „neue Internationale" aufzubauen.

Teil D untersucht die Spaltertätigkeit der GRF-Führer in der Praxis der revolutionären Bewegung. Er behandelt die opportunistischen Tendenzen in der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Völker der dritten Welt, ökonomistische und reformistische Tendenzen im Tageskampf und die Verbreitung der parlamentarischen Illusionen, das starke Hervortreten legalistischer Tendenzen, das Vorspiegeln der Massenpartei anhand der Wahlbeteiligungen der GRF und der Art und Weise ihrer Wahlkampfführung.

Als Vorwort ist die Rede des Vorsitzenden unserer Partei, des Genossen Ernst Aust, *„Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten"* in das Buch aufgenommen worden. Gerade das Voranstellen der Rede des Genossen Ernst Aust und der Untertitel des Buches stecken den Rahmen ab, in dem diese Untersuchung zur Linie und Entwicklung der GRF gesehen werden muß: als ein Schritt im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten. Unsere Partei hat niemals einen Zweifel daran gelassen, daß diese Einheit nicht das Ergebnis prinzipienlosen Vermengens von Richtigem und Falschem sein kann. Die bolschewistische Partei, die die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk zum Sieg in der gewaltsamen sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führen muß, kann ihre stählerne Einheit, ohne die sie diese Aufgabe nicht lösen kann, nur auf einem felsenfesten ideologischen Fundament gründen. Gerade wir deutschen Kommunisten müssen uns immer der Tatsache bewußt sein, daß die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse in Deutschland schon zweimal die Farbe wechselten: SPD und KPD entarteten zu Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, zu Trupps der Konterrevolution. Auch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung unseres Landes lehren uns also, daß der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten untrennbar mit dem Kampf für die Durchsetzung der proletarischen Weltanschauung gegen aller Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und gegen alle kleinbürgerlichen Einflüsse verbunden ist. **Erst dieser Kampf um die Verteidigung und Anerkennung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung auf die konkrete Praxis der Revolution in unserem Land schafft die Grundlage für die Einheit der Marxisten-Leninisten.**

So geht es uns mit dieser Untersuchung zur Linie und Entwicklung der GRF keineswegs darum, alte Fehler oder falsche, heute nicht mehr in dieser Form vorgetragene Positionen wieder aufzuwärmen, noch geht es uns darum, selbstgefällig zu beweisen, daß unsere Partei in einer Vielzahl von Fragen gegenüber der GRF recht behalten hat. Im Schlußwort der jetzt erschienenen Ausgabe unseres theoretischen Organs heißt es vielmehr: *„Wir wollen vor allem klären, welcher Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten führt. Man muß das Wesen der ideologischen Grundlagen der Gründung und Entwicklung der GRF verstehen, um zu erkennen, daß die prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten nur erreicht werden kann, wenn mit diesen Grundlagen vollständig und kompromißlos gebrochen wird."* (S. 427)

Darum können wir eben nicht den Ausführungen des Genossen Semler zustimmen, der in einer Rede auf der Düsseldorfer Großveranstaltung der GRF erklärte: *„So konnte es geschehen, daß opportunistische und trotzkistische Positionen nicht frühzeitig entlarvt wurden, sondern sich im Prozeß der Entwicklung der politischen Linie mehr oder weniger selbst entlarvten."* (RF, 26/75, S. 7). Wir meinen allerdings, so sehr wir die Erkenntnis opportunistischer und trotzkistischer Einflüsse begrüßen, daß diese Verharmlosung der Dinge äußerst gefährlich ist. Auch für den Einfluß des modernen Revisionismus und des Trotzkismus innerhalb der revolutionären Bewegung gilt die Feststellung des Vorsitzenden Mao: *„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt."* Wenn nicht die falschen ideologischen Positionen, auf deren Grundlage sich falsche und schädliche Auffassungen herausbildeten, ausgemerzt werden, wie kann man dann verhindern, daß sich auf eben diesen Grundlagen morgen erneut eine genauso falsche und schädliche politische Linie entwickelt? **Es ist eben nicht so, daß mit der Aufgabe falscher politischer Positionen auch gleichzeitig deren ideologische Grundlage verschwindet bzw. sich selbst entlarvt.**

Zur Zeit erleben wir beispielsweise in Portugal, wie die modernen Revisionisten einmal mit offen rechten, dann aber wieder mit scheinbar sehr „radikalen" Parolen auftreten. Dabei würde ja niemand behaupten, daß sich dabei auch die ideologische Grundlage der revisionistischen Partei Portugals verändert hat. Ein anderes Beispiel: in den Jahren vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges haben die revolutionären Sozialdemokraten und jene Elemente, die sich bei Kriegsausbruch als sozialchauvinistische Verräter entpuppten, auf mehreren internationalen Konferenzen gemeinsame Resolutionen gegen den imperialistischen Krieg verabschiedet. Trotz dieser gemeinsamen politischen Entschließungen standen sich aber in Wirklichkeit auf diesen Konferenzen die revolutionäre proletarische Ideologie und die bürgerlich-reaktionäre Ideologie unversöhnlich gegenüber. Bei Kriegsausbruch waren diese Resolutionen darum nur noch ein Fetzen Papier.

Im Schlußwort des TO Nr. 3 heißt es dazu: *„Man muß bei der Beurteilung dieser Frage davon ausgehen, daß eine ‚radikale' Änderung politischer Losungen nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit einer radikalen Änderung der ideologischen Grundlagen. Vielmehr ist es häufig so, daß auf der Grundlage des Opportunismus politisch diametral entgegengesetzte Linien sich ablösen können. Man muß vom Wesen des Opportunismus ausgehen, das, wie Lenin sagt, in dem Versuch der Blockbildung mit der Bourgeoisie besteht. (vgl. Werke 21/143). Mit welcher politischen Linie sich diese Politik der Klassenversöhnung am besten vor den Massen tarnt, ist eine Frage der Opportunität und hängt von den besonderen politischen Bedingungen der jeweiligen Situation ab. Nehmen wir z.B. die Verharmlosung des Imperialismus, wie wir sie in einem längeren Kapitel untersucht haben. Wie wir gesehen haben, leugneten die GRF-Führer damals die Unvermeidbarkeit von Kriegen im Imperialismus, sie leugneten die Theorie der zwei Supermächte und sie behaupteten, der westdeutsche Imperialismus verfolge seine Ziele nach einer ‚friedlichen Strategie'. Mit diesen Verharmlosungen des Imperialismus wurde von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution abgelenkt, der wirtschaftliche und demokratische Kampf um Reformen in den Mittelpunkt gestellt. Heute wird die Kriegsfrage durch die beiden Supermächte und die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie in der revolutionären Bewegung erkannt. Aber nicht alle, die heute von der Kriegsgefahr reden haben auch mit der Ideologie der Versöhnung mit dem Imperialismus gebrochen. Im Gegenteil gibt es heute eine Strömung, die mit der politischen Losung des Kampfes gegen die beiden Supermächte nach wie vor die Blockbildung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Ideologie der Klassenversöhnung vertritt und von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution ablenkt.*

Genauso ist es möglich, daß man zunächst den Kampf gegen die Hauptkriegstreiber sabotiert, indem man die ‚Theorie der zwei Supermächte' leugnet. Plötzlich aber wird die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte in Worten anerkannt, während in Wirklichkeit propagiert wird, sich auf die eine Supermacht gegen die andere zu stützen, was ebenfalls eine Sabotage am Kampf gegen die Hauptkriegstreiber, die beiden imperialistischen Supermächte, ist. (S. 429).

Heute steht unserer Partei unter den revolutionären Organisationen in Westdeutschland die GRF politisch am nächsten. Zum diesjährigen 1. Mai konnte zwischen unseren beiden Organisationen eine prinzipienfeste Aktionseinheit hergestellt werden. Auch der erfolgreiche Verlauf der Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag, die gemeinsame entschiedene Zurückweisung sozialchauvinistischer Provokationen auf der Schlußkundgebung der Frankfurter Demonstration durch die Genossen der GRF und unserer Partei waren dafür ebenfalls ein erfreulicher Ausdruck. Gerade darum aber ist es jetzt notwendig, alles, was der Einheit der Marxisten-Leninisten im Wege steht, rücksichtslos aufzudecken, um das Feuer darauf zu eröffnen. Auch in der Roten Fahne sind in dieser Hinsicht Schritte gemacht worden, die wir für sehr wichtig halten, und die unsere Partei veranlaßt haben, mit der Rede des Vorsitzenden unserer Partei und der Grußadresse zur Düsseldorfer Veranstaltung einen neuen Vorstoß in der Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten zu unternehmen. Aber die GRF und ihre führenden Genossen dürfen in der Kritik der zentristischen Grundlagen ihrer Organisation nicht am Anfang des Weges stehen bleiben. Es wäre ein schwerer Fehler zu glauben, grundlegende Selbstkritik sei nicht mehr erforderlich, nur weil den offenkundigsten Widersprüchen zu den Positionen des Marxismus-Leninismus durch Korrekturen der politischen Linie an Schärfe genommen wurde. Um tatsächlich vollständig mit den zentristischen Grundlagen der Gründung und Entwicklung der GRF zu brechen, ist in der Tat eine offene und umfassende Selbstkritik notwendig und der einzige Weg.

Diesen Weg zu beschreiten, scheuen sich die führenden Genossen der GRF offensichtlich nach wie vor. Dafür spricht die bereits zitierte Behauptung des Genossen Semler, die bisher erfolgten Korrekturen seien nicht das Ergebnis des Kampfes zweier Linien innerhalb der GRF, sondern der *„Selbstentlarvung"* opportunistischer und trotzkistischer Einflüsse. Diese Leugnung des ideologischen Kampfes ist völlig unmaterialistisch. Unsere Partei hat bekanntlich schwere ideologische Kämpfe durchlebt und stets offensiv den Kampf zur Zerschlagung der bürgerlichen Linie geführt, auch wenn das in der Roten Fahne genüßlich als Auflösungserscheinung unserer Partei gewertet wurde. Der Vorsitzende Mao lehrt: *„Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, denn er ist die Waffe, mit der wir die Einheit innerhalb der Partei und innerhalb der revolutionären Organisationen im Interesse unseres Kampfes herbeiführen. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen.*

Der Liberalismus aber hebt den ideologischen Kampf auf und tritt für einen prinzipienlosen Frieden ein; daraus ergibt sich ein modriges, spießbürgerliches Verhalten, das zu politischer Entartung gewisser Einheiten und Mitglieder der Partei und der revolutionären Organisationen führt." (Rotes Buch, S. 309)

Liberalismus aber ist es, wenn man nicht vorwärtsschreitet zu vollständiger Zerschlagung der bürgerlichen Linie, sondern wenn man an einem bestimmten Punkt meint, es sei möglich, nur gewisse Auswüchse der bürgerlichen Linie zu kappen, ihr aber ansonsten das Existenzrecht innerhalb der Organisation einräumt. Im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten jedoch ist jener schonungslose Kampf gegen die bürgerliche Linie notwendig, wie der Vorsitzende Mao ihn fordert.

In dieser Hinsicht stellt die jüngste Ausgabe unseres theoretischen Organs einen wichtigen Beitrag unserer Partei im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten dar. Das Schlußwort schließt mit dem Aufruf:

„Genossen der GRF (KPD), wir rufen Euch auf, zu der wichtigsten Frage Stellung zu nehmen, auf welcher Grundlage die Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei erreicht werden kann. Ihr seid verpflichtet, Euch kritisch und selbstkritisch mit der Linie und der Entwicklung Eurer Organisation auseinanderzusetzen, wie Ihr verpflichtet seid, die grundlegende Linie und Entwicklung der KPD/ML kritisch zu untersuchen . . .

Kämpfen wir für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei, machen wir Ernst mit dem Titel dieses Theoretischen Organs: „Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen." Machen wir ernst mit der Losung, die die chinesischen Genossen vorbildlich in die Tat umgesetzt haben: „Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!".

Kambodschas Nachrichtenagentur:

Interview mit Khieu Samphan

Kurz vor seinem Besuch in der VR China beantwortete Khieu Samphan, Vizepremier der GRUNK und Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte Kambodschas die Fragen der kambodschanischen Nachrichtenagentur AKI über den Wiederaufbau, das Leben im Land und die Außenpolitik der GRUNK:

Wir haben am 17. April unser Land vollständig befreit. Wie haben sich seitdem im Land die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelt und wie die Lebensbedingungen des Volkes?

ANTWORT: Ich bin sehr glücklich, daß ein Vertreter der kambodschanischen Nachrichtenagentur diese aktuelle politische Frage anspricht. Sie sind sehr gut darüber im Bilde, wie unser Volk und unsere Volksarmee mit außergewöhnlichem Mut den Kampf geführt und unser geliebtes Vaterland vollständig und endgültig befreit haben. Aber sofort nach der Befreiung mußten wir auf Tausende von dringenden Problemen eine Antwort geben. Diese Probleme waren vom US-Imperialismus und seinen Marionetten zurückgelassen worden. Über fünf Jahre lang haben der US-Imperialismus und seine Marionetten außerhalb und innerhalb des Landes gegen die Nation und das Volk von Kambodscha den barbarischsten und grausamsten Zerstörungskrieg geführt, einen Zerstörungskrieg, der ohne Beispiel ist. Zum großen Teil war unsere Wirtschaft zerstört, die Fabriken, die Reisfelder, die übrigen Felder, die Verkehrswege, die Krankenhäuser, die Wohnhäuser, die Schulen, die Pagoden in den Städten ebenso wie die auf dem Lande.

Wir Patrioten wurden unter der vorübergehenden Kontrolle des Feindes gewaltsam in die Armee gepreßt oder in Phnom Penh und in den anderen Städten in Konzentrationslagern zusammengepfercht. Die Opfer bekamen keine Nahrung, die Cholera hat sie gnadenlos dezimiert, Familien sind unbarmherzig getrennt und über das ganze Land zerstreut worden.

Unmittelbar nach der Befreiung haben die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK), die Nationale Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und das ganze Volk sich mit großer Entschlossenheit daran gemacht, all diese Probleme zu lösen, die die Folgen des wildesten Zerstörungs- und Aggressionskrieges des US-Imperialismus und seiner Marionetten sind.

Wie sollten diese Probleme gelöst werden?

Einerseits hat die Bevölkerung auf dem Lande keine Opfer gescheut und lange Jahre hindurch große Leiden ertragen, um den US-Imperialismus und seine Lakaien in seinem Aggressions- und Zerstörungskrieg zu besiegen. Andererseits haben die Millionen Menschen in den Städten, die jetzt befreit wurden, die vom Feind verursachte Hungersnot ertragen; die Menschen waren in einem erbarmungswürdigen Zustand. Dieses Problem ist so schwerwiegend, daß es dafür kein Beispiel gibt; wir müssen es lösen, ohne Zeit zu verlieren, denn es ist eine Lebensfrage für unsere Nation und unser Volk.

Wir haben alle unsere Kräfte vereinigen können: die Kräfte des ganzen Volkes und der ganzen Armee für den Kampf und den Sieg in dieser neuen, äußerst schwierigen Lage. Dabei stützen wir uns auf unseren tiefen Patriotismus, auf das Bewußtsein, unabhängig und souverän und Herr der Lage und unserer Entscheidungen zu sein, Vertrauen auf unsere eigene Kraft zu haben und unser Schicksal und das Schicksal des Landes fest in unseren Händen zu halten.

Nach über drei Monaten verbissenen Kampfes haben wir diese Probleme von Grund auf lösen können. Wir haben das ganze Volk im ganzen Land mit Lebensmitteln versorgt. Es herrscht kein Überfluß, aber wir haben dieses lebenswichtige Problem regeln können. Unser Volk hat genug, um normal leben zu können und arbeitet mit Schwung am Wiederaufbau der Wirtschaft.

Das ist ein großer Sieg, den wir in einem sehr kurzen Zeitraum errungen haben. Parallel dazu haben wir Kräfte für die Entwicklung der Produktion im ganzen Land organisiert mit dem Ziel, die lebenswichtigen Probleme der Gegenwart ebenso wie die der Zukunft zu lösen. Deshalb beteiligen sich unsere Kader, von den Ministern bis auf die Ebene der Gemeinden und Dörfer ebenso wie unsere Armee von den oberen Kadern bis zu den Kämpfern und Kämpferinnen mit großem Schwung und im Verein mit allen sozialen Klassen und Schichten des Volkes an der Produktion. Wir bauen gleichzeitig Sommerreis und den Reis der Regenzeit an. Wir bauen zugleich andere landwirtschaftliche Produkte an: Bananen, Kartoffeln, Maniok ... um die Ernährung des Volkes heute und im nächsten Jahr zu sichern.

Insgesamt gesehen sind unser Volk und unsere Armee sehr glücklich. Alle verstehen die Linie für die Wiederherstellung der Wirtschaft, den Wiederaufbau und die Verteidigung des Landes. Mit klarem Blick folgen sie dem Weg, der voll Würde ist, sie begreifen die Größe und die Bedeutung der produktiven Tätigkeiten; noch mehr: Sie besitzen einen strahlenden Optimismus und eine absolute Gewißheit von einer glänzenden Zukunft, die sie niemals, selbst nicht im Traum, erhofft haben.

Nachdem diese Ergebnisse erreicht sind, kann ich sagen, daß wir uns in ein oder zwei Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht weitgehend selbst versorgen können, besonders in bezug auf Nahrungsmittel, auf Reis und anderes Getreide. Wir sind sicher, daß wir uns zu 100 Prozent selbst versorgen können mit landwirtschaftlichen Produkten, und daß wir einen Teil exportieren können. So können wir schon jetzt schrittweise das Lebensniveau des Volkes verbessern.

Zur selben Zeit haben wir sehr schnell die Verkehrswege repariert. Bis Mitte Juli hatten wir die wichtigsten Straßen wieder fertiggestellt, besonders die Nationalstraßen Nummer 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Straßen, deren Bedeutung geringer ist, sind ebenfalls völlig wieder für den Verkehr freigegeben. Wir haben die Schwierigkeiten, die es hinsichtlich des Salzes, der Stoffe und verschiedener landwirtschaftlicher Geräte die dem Volk nützen, gegeben hat, von Grund auf beseitigt, wenn auch noch nicht alles perfekt ist.

Was die Eisenbahnlinien betrifft, so haben wir schon einen großen Teil wiederhergestellt, und unsere Armee ist dabei, die Reparaturarbeiten auf den letzten Streckenabschnitten durchzuführen. Alle Flüsse sind ebenfalls wieder für die Schiffahrt frei. Wir haben eine große Zahl von Fabriken und Handwerksbetrieben wieder in Betrieb genommen, trotz der großen Schäden und Zerstörungen, die der Feind angerichtet hat. Große Bedeutung messen wir jenen Fabriken und Handwerksbetrieben bei, deren Produktion unmittelbar den Bedürfnissen des Volkes dienen.

Ein Krankenhaus und eine Schule nach der anderen öffnen ihre Tore.

Zusammengefaßt: Das Volk und die Volksarmee haben gekämpft und viele Schwierigkeiten besiegt, weil sie unabhängig und souverän sind und ein hohes Verantwortungsgefühl gezeigt haben.

Jetzt haben wir im Wesentlichen alle Schwierigkeiten gelöst und unser Vaterland erfährt eine tiefgehende Veränderung. Die Tendenz der Entwicklung ist, daß sich die Lage ständig verbessert. Ich kann versichern, daß wir niemals weder eine Wirtschaftskrise noch Arbeitslosigkeit, Inflation oder Preissteigerungen haben werden.

Herr Vizepremierminister, können Sie uns etwas zur Sicherheit im Lande sagen?

ANTWORT: Wie ich bereits gesagt habe, haben das Volk und die revolutionären Streitkräfte im wesentlichen die Probleme des täglichen Lebens gelöst. Sie wurden gelöst in einer Atmosphäre großer Solidarität und breiter Einheit. Zugleich kämpfen unser Volk und unsere revolutionären Streitkräfte mit großer Heftigkeit für die Wiederherstellung der Wirtschaft, für den Wiederaufbau und die Verteidigung des Landes. Dabei sind sie unabhängig und souverän und stützen sich auf ihre eigene Kraft und halten ihr Schicksal fest in den eigenen Händen, für die Ehre und die nationale Würde und für eine glänzende Zukunft. Da also die politische Lage im ganzen Land günstig und sehr stabil ist, herrschen im ganzen Land Frieden und Sicherheit.

Herr Vizepremierminister, könnten Sie uns einige Erläuterungen zur Außenpolitik der GRUNK geben?

ANTWORT: Wir haben eine sehr klare und eindeutige Außenpolitik: Sie ist eine Politik der Unabhängigkeit, Neutralität und Blockfreiheit. Wir haben diese Politik immer angewendet und werden sie immer befolgen: in der Vergangenheit, der Gegenwart und in der Zukunft. Wir werden immer diese Politik sorgfältig beachten. Besonders gegenüber den Nachbarländern befolgen wir eine Politik des Friedens und der Freundschaft, gestützt auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. In unseren gegenseitigen Beziehungen stützen wir uns auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, den Nichtangriff, die Gleichheit und die Anerkennung der gegenseitigen Interessen. Wir haben den Geist der Initiative, um entsprechend diesen Prinzipien zu handeln, und wir begrüßen herzlich alle Bestrebungen in der Welt, deren Ziele sich in Übereinstimmung mit diesen Prinzipien befinden.

Kürzlich haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten verleumderische Propaganda gegen Kambodscha geführt und behauptet, es handele ungerecht und feige. Herr Vizepremierminister, was ist Ihre Auffassung dazu?

ANTWORT: Die amerikanischen Imperialisten und eine Handvoll ihrer Marionetten haben ihre Propagandamaschine in Gang gesetzt, um gegen Kambodscha gezielt zu hetzen entsprechend ihren Plänen, die sie im voraus festgelegt haben. Daran ist nichts außergewöhnliches. Dieses Verhalten entspricht ihrer Natur, die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten werden sich niemals ändern. Sie waren Feinde der Nation und des Volkes von Kambodscha und zwangen uns, gegen sie zu kämpfen, um nicht ihre Sklaven zu werden. Deshalb werden die Völker der ganzen Welt, die gegen sie genauso zu kämpfen gezwungen sind, von den US-Imperialisten und ihren Marionetten verleumdet. Vorher bezeichneten sie uns als Rebellen, jetzt bedienen sie sich der unwürdigsten Bezeichnungen gegen uns, um die Weltmeinung zu täuschen.

In Wirklichkeit ist der Kampf der Nation und des Volkes von Kambodscha gerecht. Er zeigt klar, daß die Gerechtigkeit und die Würde auf der Seite der Nation und des Volkes von Kambodscha sind, während die US-Imperialisten und die Verräter die Gerechtigkeit und die Würde verhöhnen.

Deshalb unterstützen die Nationen und die Völker der Welt unseren Kampf. Aus diesem Grund haben wir die amerikanischen Imperialisten besiegt. Der Kampf, der zwischen uns und den amerikanischen Imperialisten jahrelang angedauert hat, ist der konkrete Beweis dafür, daß die amerikanischen Imperialisten die Aggressoren sind. Sie haben eine äußerst beschämende Niederlage in Kambodscha einstecken müssen, aber sie wollen ihre Niederlage nicht anerkennen. Sie träumen noch davon und glauben, daß sie unserem Volk Schaden zufügen können. Sie beleidigen uns und erteilen Lektionen wie gegenüber einem wilden Tier. Sie halten sich selber für die Verteidiger der Menschheit und einer bestimmten Moral, aber tatsächlich sind sie es, die den Staatsstreich gemacht haben, wodurch das unabhängige und neutrale Kambodscha beseitigt wurde. Sie sind es, die den Aggressionskrieg gegen unsere Nation und unser Volk mit äußerster Brutalität und Grausamkeit begonnen haben.

Sie, ausgestattet mit allen Sorten von massiven Zerstörungswaffen, sind die Mörder unseres Volkes.

Während dieser fünf Jahre hat das Volk von Kambodscha ebenso, wie die ganze Welt die wahre Natur der US-Imperialisten erkannt. Deshalb glaubt die internationale Meinung nicht ihre Hetzpropaganda. Im Gegenteil: Sie unterstützt uns noch mehr als vor unserem vollständigen Sieg.

Die US-Imperialisten sind äußerst gehässig und zänkisch gegenüber unserem Volk, das sie besiegt und sein ganzes Land befreit hat. Sie lassen niemals ab von ihren Zielen, uns Schaden zuzufügen und uns in allen möglichen Formen anzugreifen. Deshalb müssen wir unsere revolutionäre Wachsamkeit erhöhen und uns mit den Nationen und Völkern der ganzen Welt vereinigen und zu jeder Zeit all ihren dunklen Manövern und all ihren wütenden und zerstörerischen Handlungen entgegentreten.

Ich benutze diese Gelegenheit, um meine herzlichsten Glückwünsche unserem Volk und unserer heldenhaften Armee auszusprechen.

Ich verbeuge mich vor dem revolutionären Heroismus und dem hohen Opfermut unserer Kader, Kämpfer und Kämpferinnen, die mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein dabei sind, das Banner des Kampfes zu errichten und alle Hindernisse zu besiegen in Unabhängigkeit und Souveränität, gestützt auf ihre eigene Kraft. Ich möchte ebenso diese Gelegenheit ergreifen und zutiefst allen Völkern der Welt einschließlich des amerikanischen Volkes und allen Ländern der Welt danken, die die Nation und das Volk von Kambodscha unterstützt haben.

Am 27. 8. traf Genosse Mao Tsetung, Vorsitzender der KP Chinas, mit Samdech Sihanouk, Penn Neuth, Khieu Samphan und anderen Gästen aus Kambodscha zusammen. Unser Bild: Genosse Mao Tsetung schüttelt Khieu Samphan freundschaftlich die Hände.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

'L'Humanité Rouge' über Korsika

Revolte gegen die kapitalistische Unterdrückung

Am 2. September hat auf der Insel Korsika nach den vorausgegangenen militanten Kämpfen, der Revolte der ganzen arbeitenden Bevölkerung gegen die kapitalistische Unterdrückung, ein Generalstreik das öffentliche Leben auf der Insel lahmgelegt. Der Streik war die Antwort auf die Erklärung der französischen Regierung, ihre Armeeinheiten auf Korsika zu verstärken, um den Kampf der Bevölkerung zu unterdrücken.

„L' Humanite Rouge", die Tageszeitung der Kommunisten Marxisten-Leninisten Frankreichs, unterstützt in ihrem Leitartikel vom 2. September die kämpfende Bevölkerung von Korsika. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Denn in Korsika, mehr noch als auf dem Kontinent, sind die Volksmassen von der Monopolbourgeoisie hart angegriffen. (...) Bereits Ende 1974 notierte man eine Preissteigerung, die um 5% über dem nationalen Durchschnitt lag. Zur gleichen Zeit stiegen die Lebenshaltungskosten, die schon auf dem Kontinent unerschwinglich sind, von 20 auf 30%. Wenn man die Bauernschaft betrachtet, die auf der Insel die Mehrheit stellt, ist ihre Lage unhaltbar und die Ungerechtigkeit unerträglich. Der korsische Weinbau bedeckt ca. 30000 ha., 70% der Weinberge gehören 300 Personen, die 180 Millionen Franc Umsatz erzielen, während die übrigen 30% 4300 Weinbauern gehören, die 40 Millionen Franc Umsatz erzielen. Wenn man weiß, daß sich dieser wirtschaftlichen Unterdrückung die kulturelle zugesellt, versteht man, daß die günstigen Bedingungen für die Revolution rasch anwachsen. Und die Unterdrückung durch die Polizei, die einzige kopflose Antwort der bürgerlichen Regierung auf die Empörung der Korsen, hat noch Öl in die Flammen gegossen. So ist im Schoß der verfaulten kapitalistischen Gesellschaft von der arbeitenden Bevölkerung ein neuer Brandherd entzündet worden und die Stunde des Umsturzes naht. (...) Eine nie gesehene Bewegung ist unter den Bauern, kleinen Händlern, Schülern, Soldaten, Frauen, Häftlingen ausgebrochen und selbst unter der Polizei sind Streitigkeiten aufgetaucht. **Es ist dringend und unvermeidlich, daß das Volk zum unvermeidlichen gewaltsamen Sturz des kapitalistischen, monopolistischen Staates geeint wird, um mit dem Kapitalismus und seinen unzähligen Leiden Schluß zu machen.**" Um dieses Ziel zu erreichen, heißt es in dem Artikel weiter, man muß gegen die konterrevolutionären revisionistischen Führer der „K"PF und der CGT kämpfen, die sich sogar weigerten, am Generalstreik teilzunehmen.

„Diese Bewegung", schließt „l' Humanite Rouge" ihren Artikel über die revolte in Korsika, „wird die großen Arbeiter- und Volkskämpfe, die sich in Frankreich ankündigen, beschleunigen. Deshalb ist die Lage ausgezeichnet."

Rettet das Leben der 5 FRAP-Genossen

Fortsetzung von Seite 1

In Düsseldorf beteiligten sich rund 250 Menschen an der Demonstration zum spanischen Konsulat. Vor den Polizeiabsperrungen, durch die die Niederlassung des Franco-Regimes geschützt wurde, fand die Schlußkundgebung statt. Auch in Frankfurt, wo 300 demonstrierten, war das spanische Konsulat von der Polizei abgeriegelt worden. In München nahmen 120 Menschen an der Demonstration teil. Die größte Demonstration fand in Westberlin statt, wo 800 Menschen das Leben und die Freilassung der Genossen der FRAP forderten und ihre Solidarität mit dem revolutionären Kampf des spanischen Volkes für den Sturz des Franco-Faschismus und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus ausdrückten.

Am Vorabend der Demonstration hatte in Westberlin mit über 600 Teilnehmern eine Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes stattgefunden, auf der 2000 DM zur Unterstützung der FRAP gesammelt wurden. In Westberlin hatte die Partei bereits in den Tagen zuvor verschiedene Aktionen zur Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes durchgeführt. So wurden Informationsstände abgehalten und Parolen gemalt. Auf einer Kurzkundgebung wurde ein Transparent in der Größe von 10 mal 3 Metern an Ballons in die Höhe gelassen, so daß viele Hunderte die Forderung „Rettet das Leben der 5 der FRAP" lesen konnten. Des Nachts wurde eine Fahne des Franco-Faschismus von einem Mast geholt, die auf der Schlußkundgebung der Westberliner Demonstration verbrannt wurde. Während die Fahne des Terror-Regimes und der Yankee-Herrschaft in Flammen aufging, schwenkte ein spanischer Arbeiter die Fahne der FRAP und rief unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer: **„Das ist die Fahne des spanischen Volkes!"** und in der Tat ist es die Fahne der FRAP, die das Franco-Regime heute erzittern läßt und in seinen Grundfesten erschüttert. Die FRAP, an deren Spitze die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten steht, faßt heute den Kampf der spanischen Völker gegen den Franco-Faschismus zusammen, weist ihm den Weg den Volkskrieg aufzunehmen, um die föderative Volksrepublik Spanien zu erkämpfen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Interview mit Vertretern der FPOLISARIO

"Wirwerden siegen!"

Seit dem 20. Mai 1973 führt das Volk von Saguiat al Hamra und Rio de Oro (Westsahara) unter der Führung seiner Befreiungsorganisation, der FPOLISARIO den revolutionären Volkskrieg gegen die spanischen faschistischen Kolonialherren, um sich von über fünfhundertjähriger kolonialistischer und imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

An der Westküste Afrikas, zwischen Marokko und Mauretanien, ist das Land von großer strategischer Bedeutung und dient z.B. den amerikanischen Imperialisten als Nachschubbasis für ihre Stützpunkte auf den Kanarischen Inseln. Die amerikanischen Imperialisten, aber auch die westdeutschen Imperialisten mit Krupp an der Spitze, sind es auch, die die reichen Phosphatvorkommen von Saguiat el Hamra und Rio de Oro ausplündern. Das Volk von Saguiat el Hamra und Rio de Oro hat die Herrschaft der spanischen Faschisten durch den revolutionären Volkskrieg bereits stark erschüttert und es ist klar, daß es vor allem die Waffen, Dollars und die politische „Hilfe" der amerikanischen Imperialisten sind, die die Kolonialherrschaft des Francoregimes in der Sahara aufrechterhalten. Klar zeigt sich aber auch die reaktionäre, aggressive Natur der westdeutschen Imperialisten, denen die faschistische Diktatur Francos über das Volk von Saguiat el Hamra und Rio de Oro Millionenprofite garantiert.

Das Volk ist entschlossen, unter der Führung der FPOLISARIO den Kampf für seine Unabhängigkeit und Freiheit bis zu Ende zu führen, und es hat dabei die Unterstützung der wirklichen Revolutionäre auf der ganzen Welt. DieKommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, ihre Jugendorganisation und die FRAP haben die jungen spanischen Soldaten, die in die Sahara geschickt werden, deshalb aufgerufen, zu desertieren. Gleichzeitig werden die spanischen Soldaten in der Sahara aufgerufen, mit ihren Waffen in die Reihen der FPOLISARIO überzulaufen, um Schulter an Schulter den revolutionären Volkskrieg gegen das Francoregime zu führen.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem Gespräch ab, das Genossen während einer Reise nach Mauretanien und in die Westsahara mit Vertretern der FPOLISARIO führen konnten.

INTERVIEW

FRAGE: Genossen, könnt Ihr uns kurz über die Entstehungsgeschichte der FPOLISARIO informieren?

ANTWORT: Gegen Ende der sechziger Jahre nahm der Widerstandskampf unseres Volkes an Ausmaß und Organisiertheit zu. Nach Zusammenkünften antiimperialistischer Kräfte im Jahre 1968 wurde unter Vorsitz des Genossen Mohamed Bassiri am 20. Mai 1970 die „Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro (FPOLISARIO)" gegründet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist immer noch ungewiß, ob Genosse Bassari nach seiner Gefangennahme durch die spanischen Faschisten am 17.6.70 noch lebt. Wie ihr vielleicht wißt, fand an diesem Tag eine antifaschistische Demonstration unseres Volkes in der Hauptstadt El Auin statt, auf die die spanischen Faschisten das Feuer eröffneten. Fünfzig Menschen wurden damals erschossen, und es gab zahlreiche Verletzte. Am 10. Mai 1973 erschien unser erstes politisches Kommunique, in dem wir dazu aufriefen, der reaktionären und barbarischen spanischen Gewaltherrschaft den revolutionären Kampf des Volkes entgegenzusetzen. Nach unserem 1. Kongreß, der im Jahre 1973 stattfand, eröffneten wir das Feuer des revolutionären Volkskrieges. Am 20. Mai 1973 konnten die ersten feindlichen Patrouillen ausgeschaltet werden. Im September des letzten Jahres, kurz nach unserem 2. Kongreß, gelang es uns, auf der Straße von Semara nach Echediria mehr als 100 spanische Soldaten zu vernichten. Auf unserem 2. Kongreß wurde ein wegweisendes Dokument, nämlich das 16 Punkte umfassende Programm der FPOLISARIO, verabschiedet, in dem die Ziele des gegenwärtigen Kampfes – darunter **die Verwirklichung der vollständigen und uneingeschränkten nationalen Befreiung und Unabhängigkeit, die Errichtung einer nationalrepublikanischen Regierung, die Nationalisierung sämtlicher Minen, die Beseitigung aller Formen der Ausbeutung, die Wiederherstellung der politischen und sozialen Rechte der Frauen, die kostenlose medizinische Betreuung des Volkes usw. zusammengefaßt sind.**

FRAGE: Euer Volk sieht sich im Kampf mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Bekanntlich stellen neben den Franco-Faschisten, Marokko und Mauretanien Ansprüche auf Saguiat el Hamra und Rio de Oro. Welche Positionen bezieht Ihr gegenüber derartigen Ansprüchen?

ANTWORT: Es trifft zu, daß diese beiden von Euch genannten Staaten Ansprüche auf unser Land erheben ... Bereits seit Ende der 50ger Jahre – später unter König Mohamed V. – drängte Marokko auf die Annexion unseres Landes ... In der marokkanischen Presse häufen sich jetzt die Berichte, in denen offen chauvinistische und expansionistische Ziele propagiert werden. Im Sommer 1974 stimmte sogar die moskauhörige „K"P Marokkos in die Forderungen des Königshauses nach „Befreiung der Sahara" ein. Mittlerweile hat ihr Führer, Ali Yare, eine neue „Partei des Fortschritts" gegründet. Man sieht, die Revisionisten sind eifrig damit beschäftigt, den Reaktionären in Rabat den Rang abzulaufen.



Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Saguiat el Hamra und Rio de Oro, des bewaffneten Arms der FPOLISARIO.

FRAGE: Die OAU (Organisation der Afrikanischen Einheit) hat Eurem Volk das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt, eine Entscheidung, die übrigens in Einklang mit diesbezüglichen Resolutionen der UNO, der Konferenz der blockfreien Staaten sowie der Islamischen Gipfelkonferenz steht. Hat dies nicht zur fortschreitenden Isolierung Marokkos beigetragen?

ANTWORT: Zweifellos! ... Aber so wichtig diese diplomatischen Erfolge auch sind, gebührendes Gewicht erhalten sie erst durch den revolutionärgn Kampf unseres Volkes, der entschlossen bis zur Erlangung unserer Unabhängigkeit geführt werden wird.

FRAGE: Genossen, die Francofaschisten wurden von der UNO im September 1974 aufgefordert, im ersten Halbjahr 1975 ein Referendum in eurem Land durchzuführen. Bislang ist nichts dergleichen geschehen. So heißt es in der Ende 1974 im Rahmen der zwischen den USA und Spanien aufgenommenen Verhandlungen über die amerikanischen Militärbasen in Spanien verabschiedeten spanisch-amerikanischen Resolution über Euer Land, daß die Westsahara nach wie vor als fester Bestandteil des spanischen Territoriums bezeichnet wird. Welche politischen Maßnahmen haben die Spanier in der letzten Zeit ergriffen?

ANTWORT: Die Politik der spanischen Faschisten ist gekennzeichnet durch Doppelzüngelei und offenen Terror. Zu einem Referendum ist es nicht gekommen. Stattdessen verschärften die Faschisten ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen unser Volk. So wurden allein in der letzten Zeit mehr als 120 Minenarbeiter unter der fadenscheinigen Anklage der „subversiven Tätigkeit" gefangengenommen und in Militärgefängnissen gefoltert. Ca. 40 000 unserer Landsleute befinden sich nach wie vor außerhalb unseres Landes. Sie wurden entweder von den spanischen Truppen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, oder aber sie mußten fliehen, da sie aufgrund ihrer politischen Aktivitäten Repressionen und Folter zu fürchten hatten. Den heute 40 000 in Saguiat el Hamra und Rio de Oro lebenden Saharauis stehen heute auf spanischer Seite 50 000 Militärs und Fremdenlegionäre gegenüber. Diese Zahlen verdeutlichen, welche Anstrengungen Madrid unternimmt, um sich aus unserem Lande „zurückzuziehen." Zu Beginn dieses Jahres hob Madrid eine sogenannte „Nationale Saharauische Union" aus der Taufe, deren Führer allesamt in Spanien ausgebildet wurden. Dies muß als weiterer Versuch gewertet werden, unser Volk zu entzweien und es mit dem frankistischen Regime auszusöhnen. Übrigens hat heute Gomes (der spanische Generalgouverneur – RM) nicht mehr viel gegen ein Referendum einzuwenden, entspräche es doch – pro Einwohner ein Soldat – den Madrider Vorstellungen von einem „Volksentscheid".

FRAGE: Madrid geht es um die politische Macht und nicht zuletzt um Bu Craa.

ANTWORT: Richtig. Nach wie vor geht es Madrid um die Wahrung der Interessen ausländischer (vorwiegend amerikanischer und westdeutscher) Konzerne wie Esminsa, Krupp, Socaltra und Cotimer. Es hofft, die Jahresproduktion von derzeit 2,5 Mio. t Phosphat aus unseren ergiebigen Minen bei Bu Craa bis 1980 auf 10 Mio t zu steigern. Bedenkt man, daß diese Phophatvorkommen auf mindestens 1,7 Mrd. t geschätzt werden, so wird ersichtlich, daß ... der Wert der Vorkommen in Bu Craa in Höhe von einigen Hundert Millionen Dollar kein Pappenstil ist.

FRAGE: Abschließend eine letzte Frage. Wie weit reicht der Befreiungskampf Eures Volkes zurück?

ANTWORT: Der Befreiungskampf unseres Volkes reicht bis in das 16. und 17. Jahrhundert zurück, als es den Widerstand gegen die ersten portugiesischen und holländischen Invasoren sowie gegen die Spanier und Franzosen organisierte. Herausragend waren der Kampf gegen die französische Meharistenarmee von 1912 bis 1936, die Erhebung gegen die spanische Kolonialmacht im Jahre 1958 in Rgueya, Teguel, El Arghoub, Awsserde, Edchera sowie der Aufstand in El Auin am 17. Juni 1970.

Genossen, wir möchten Euch für dies Gespräch herzlich danken. Wir wünschen Euch in Eurem Kampf gegen die Francofaschisten noch größere Erfolge und sind sicher, daß Ihr im revolutionären Volkskrieg die Unabhängigkeit und Freiheit Eures Volkes erkämpfen werdet!

ES LEBE DER NATIONALE BEFREIUNGSKAMPF DER VÖLKER VON SAGUIAT EL HAMRA UND RIO DE ORO!

Boston, USA

Wachsende militante Kämpfe der Neger

Am 10. August demonstrierten in Boston, USA, 2 000 Neger gegen nationale und rassistische Unterdrückung. Sie zogen gemeinsam zum Carson Beach, einem Strand „nur für Weiße". Dort stießen sie auf einen etwa doppelt so großen von Faschisten geführten Mob, der die Neger mit der Unterstützung von 800 schwerbewaffneten Polizisten wütend angriff. Nach diesen faschistischen Provokationen erhoben sich überall in den Wohnvierteln der nationalen Minderheiten rund um Boston die Neger, die Puertoricaner, die Mexikaner zur offenen Rebellion und setzten der konterrevolutionären Gewalt der faschistischen Banden und der imperialistischen Polizei die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegen.

In Mission Hill kämpften Neger und Puertoricaner Schulter an Schulter gegen einen Sturmangriff von Spezialeinheiten der Polizei gegen ihre Wohnungen. In Orchard Park griff die schwarze Bevölkerung wütend Polizeiautos mit Flaschen und Steinen an. Ähnliche militante Kämpfe haben auch in anderen Städten stattgefunden. In Detroit umzingelten zornige Neger die Bar des Mörders eines schwarzen Jugendlichen. Als die Polizei zum Schutz dieses Banditen anrückte , wurde sie mit einem Hagel von Flaschen und Steinen empfangen und viele ihrer Autos angezündet. **In Riverside, Kalifornien, eröffneten Mexikaner das Feuer als Hunderte von schwerbewaffneten Polizisten, wild um sich schießend, das Wohnviertel zu stürmen versuchten. Die Mexikaner schossen einen Polizeihubschrauber ab und verletzten zwei der Polizisten.**

Beunruhigt sprechen die amerikanischen Imperialisten bereits von einem neuen „heißen Sommer" und tatsächlich wachsen der Zorn und der Widerstand der unterdrückten nationalen Minderheiten, vor allem der Neger, weil sie nicht bereit sind, den wachsenden Terror der Polizei und der rassistischen Banden kampflos hinzunehmen, weil sie nicht bereit sind, ihre elende Lage, eine Arbeitslosigkeit z. T. von über 60% unter den Jugendlichen, die menschenunwürdigen Wohnungen in den Slums und Getthos, die von den Imperialisten geschürte rassistische Hetze und Erniedrigung kampflos hinzunehmen.

Die über 25 Millionen Neger in den USA sind ein von den amerikanischen Imperialisten unterdrücktes Volk. Kaum hundert Jahre sind vergangen, daß ihre Vorfahren auf den Baumwollfeldern der reichen Plantagenbesitzer des Südens als Sklaven schuften mußten. Heute sind an die Stelle der alten Sklavenhalter die Milliardäre der Wallstreet getreten.

Die amerikanischen Neger haben sich aber mit ihrer Ausplünderung und Unterdrückung durch die amerikanischen Imperialisten niemals abgefunden. Anfang der sechziger Jahre erhoben sie sich in Little Rock, 1964 brannte Harlem, brannten die Ghettos der Neger von Los Angeles bis Boston – Kämpfe, die die amerikanischen Imperialisten nur durch den Einsatz der Armee, der Nationalgarde niederschlagen konnten.

Kämpfe aber auch, in denen sich der abscheuliche Verrat der modernen Revisionisten der USA zeigte, die den kämpfenden Negern in den Rücken fielen, wütend gegen die revolutionäre Gewalt auftraten und mit der Parole: **der Imperialismus selbst beseitigt durch Integration der Neger die nationale Unterdrückung** den Kampf für die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung als „nationalistisch" und spalterisch verleumdeten, und dies heute noch tun. Das war schmählicher Verrat, denn so wie die unterdrückten Neger niemals ihre Zukunft in die Hände ihrer schlimmsten Feinde, der amerikanischen Imperialisten legen können, so wenig können die weißen Arbeiter und Werktätigen das Recht der Neger auf nationale Selbstbestimmung leugnen, ohne sich selbst zum Komplizen der Imperialisten zu machen und ihrem eigenen Kampf in den Rücken zu fallen.

Das ist Verrat am Kampf zum Sturz des amerikanischen Imperialismus, an der proletarischen Revolution, von der der revolutionäre Kampf der unterdrückten Neger für ihre Freiheit ein untrennbarer Bestandteil ist.

„Legale Integration", ist auch eine Losung der Führer des NAACP (National Association für the Advancement of Colored People). Zum 66. Jahrestag ihrer Gründung luden die Führer dieser Organisation der Neger, US-Präsidenten Ford ein, also den Sprecher der Klasse, die heute die Verantwortung für die nationale Unterdrückung von 25 Millionen Farbigen trägt.

Der NAACP war es auch, der auf den Druck der Massen die Demonstration am Carsch-Beach organisierte, nachdem dort zweimal schwarze Familien von faschistischen Jugendlichen überfallen worden waren. **Aber die Führer des NAACP trafen während der Demonstration keinerlei Vorbereitungen zur Selbstverteidigung und vertrauten völlig auf den „Schutz der Polizei", wie sie sagten. Sie waren die ersten, die schmählich davonliefen, als der faschistische Mob und die Polizei gemeinsam zum Angriff übergingen.**

Diese Vorfälle haben vielen die Augen geöffnet und der Kampf in Mission Hill und Orchard Park zeigt, daß sie auch die Lehren daraus gezogen haben. In Orchard Park wurden Versammlungen der Neger abgehalten, auf denen die militante Selbstverteidigung propagiert wurde und revolutionäre Gruppen, wie die „Fred-Hampton Brigade" und andere, die in den ersten Reihen des Kampfes gestanden hatten, verteilten Flugblätter an die weißen Arbeiter, Werktätigen und die schwarze Bevölkerung in denen sie zum gemeinsamen Kampf unter der Parole **„Einheit der Arbeiterklasse und der unterdrückten nationalen Minderheiten im Kampf"** aufriefen. **Sie erklärten, daß nicht alle Weißen ihre Feinde sind, sondern das kapitalistische System, das die nationale Unterdrückung hervorbringt.**

In Boston bereiten sich die Neger jetzt auf den Schulbeginn vor. Sie bereiten sich darauf vor, ihren Kindern den freien Zugang zu den Schulen der Weißen gegen die Provokationen und den Terror der faschistischen Banden und der Polizei freizukämpfen, und haben als Auftakt für den 13. September zu einer großen Kampfdemonstration in Boston aufgerufen.

Die Kämpfe in Boston und den anderen Städten werden ganz sicher dazu beitragen die Einheit im revolutionären Kampf zwischen den unterdrückten nationalen Minderheiten und ihren Klassenbrüdern, den weißen Arbeitern und Werktätigen fester zu schmieden.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Kommunistischer Pfleger hilft Patientin

Ärztin will seine Entlassung!

„Muß man nicht alles tun, um ein Menschenleben zu retten?" – natürlich, wird jeder sagen. Und mit Recht erwartet man eine solche Haltung besonders von Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern.

Vor rund drei Wochen wurde in das Bethanien-Krankenhaus in Dortmund-Hörde ein junges Mädchen eingeliefert. Bewußtlos. Verdacht auf Tablettenvergiftung. Nach einer Magenspülung wurde sie – immer noch bewußtlos – in ein Krankenzimmer gelegt. Ihren völlig fassungslosen Eltern wurde gesagt, es sähe schlecht aus. Aber unternommen wurde von der diensthabenden Ärztin, Dr. Wilberg nichts. Das Mädchen wurde noch nicht einmal überwacht.

So, bewußtlos, mit einem kaum noch spürbaren Pulsschlag, fand der Krankenpflegeschüler Dieter Stoll das Mädchen in einem Krankenzimmer seiner Station. Er wies die Ärztin, zunächst noch im Glauben, es handele sich um ein Versehen, darauf hin, daß es auf eine Intensivstation gehöre, daß hier, wie bei schweren Vergiftungsfällen, eine Blutwäsche notwendig sein könnte und das Mädchen deshalb in ein anderes Krankenhaus, wo das möglich sei, überführt werden müsse.

Die Ärztin allerdings interessierte sich nicht für das Mädchen, sie interessierte sich nur dafür, daß hier ein Krankenpfleger und noch dazu ein Schüler, wagte, die Richtigkeit ihrer Anordnungen anzuzweifeln. Sie schrie den Krankenpfleger zusammen und verbot ihm, das Zimmer des Mädchen zu betreten. Dieter ließ sich dadurch allerdings nicht einschüchtern, er wendete sich an einen weiteren Arzt und kümmerte sich auch weiter um das Mädchen.

Am nächsten Tag war das Mädchen nicht mehr auf der Station. Es wurde das Gerücht verbreitet, es gehe ihr glänzend. In Wirklichkeit war es aber immer noch bewußtlos und wurde noch am selben Tag in ein anderes Krankenhaus verlegt. Von nun an begann ein wahres Kesseltreiben gegen den als Kommunist bekannten Krankenpfleger.

Die Ärztin, die gleichzeitig Mitglied der Mitarbeitervertretung des Krankenhauses ist, beantragte seine Entlassung und sorgte gleichzeitig dafür, daß im ganzen Haus die Lüge verbreitet wurde, Genosse Dieter habe ihr den Zugang zu der Patientin verwehrt. Genosse Dieter wurde von der Oberin verhört. Sie tat allerdings zunächst so, als stehe sie voll und ganz hinter ihm und erklärte, er habe „menschlich vollkommen richtig" gehandelt.

Kurze Zeit später allerdings bekommt Dieter einen Brief des Chefarztes. Er habe „seine Kompetenzen überschritten", heißt es da und „Die Verantwortung für die genannte Patientin lag eindeutig bei der Ärztin. Es hätte Ihnen nebenbei freigestanden, gegenteilige Überlegungen in Form einer Beschwerde bei der Schulleitung einzubringen." **Mit anderen Worten: hätte Dieter die Patientin sterben lassen und sich hinterher beschwert, wäre er ein vorbildlicher Krankenpflegeschüler gewesen, aber so . . .**

Daß es dem Schulleiter und der gesamten Krankenhausleitung nicht nur um diesen Fall geht, sondern darum, einen Kommunisten aus dem Haus zu werfen, zeigt sich im letzten Punkt des Schreibens, wo es heißt, daß die Schulleitung Dieter als Klassensprecher seiner Klasse nicht anerkennt, weil er nicht zu „vernünftiger Kooperation" bereit sei. Dieter bekommt eine Verwarnung und ihm wird für den Wiederholungsfall die Kündigung angedroht.

Jetzt, wo die Katze aus dem Sack ist, erklärte auch die Oberin, daß es ganz richtig sei, daß er mal einen Verweis bekomme.

Die Empörung der Kollegen über diesen Vorfall ist groß. In der Klasse von Dieter wird darüber diskutiert und einige meinen, daß das Mädchen nicht so behandelt worden wäre, wenn es „wer gewesen" sei, so wie die Patienten auf der Privatstation. Ein Kreis von Schülern, Krankenschwestern, Pflegern und Ärzten, der sich vor einigen Wochen gebildet hat, bringt ein Flugblatt heraus, daß zum Kampf gegen die Maßnahmen der Krankenhausleitung auffordert. Es ist das erste Flugblatt, das am Krankenhaus verteilt wird und ruft große Aufregung hervor. Die Oberin verlangt von den Schülern, daß sie sich davon distanzieren sollen, anderenfalls würde der bervorstehende Ausflug gestrichen. Aber sie hat bis auf zwei Schüler alle gegen sich. Einer dieser Schüler versuchte dann, mit einer Unterschriftensammlung gegen Dieter, die Krankenhausleitung zu unterstützen. Es wird verbreitet, das halbe Krankenhaus habe unterschrieben. In Wirklichkeit stehen noch nicht mal 10 Namen auf der Liste und eine Schülerversammlung spricht sich mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung gegen diese Liste aus.

Es ist klar, daß der Kampf damit noch nicht zu Ende ist. Der Krankenhausleitung geht es in dieser Situation, wo mit verschärften Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals und die Versorgung der Patienten noch weiter verschlechtert werden, darum, ein Exempel zu statuieren. Aber der Kreis der Kollegen hat bereits mit einem zweiten Flugblatt zum Kampf gegen die Krankenhausleitung Stellung bezogen und so gezeigt, daß er sich nicht einschüchtern läßt. Und auch die Partei wird einen Kampf darum führen, daß die Kollegen angesichts der verschärften Auseinandersetzungen am Krankenhaus nicht den Mut verlieren, sondern sehen, daß die Krankenhausleitung deshalb so hektisch reagiert, weil sie mit ihren Maßnahmen gegen einzelne Kollegen diesmal zum ersten Mal auf einen entschlossenen und organisierten Widerstand gestoßen ist.

Pressemitteilung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Zur ARD-Sendung über Albanien

Lange Zeit versuchten die bürgerlichen Massenmedien, das sozialistische Albanien totzuschweigen. In letzter Zeit jedoch häufen sich die Presseberichte und auch die ARD strahlte am 14. 8. 1975 um 21.15 Uhr eine Sendung aus:„Schwarzer Adler auf rotem Feld" von Klaus Liebe.

Das ist ein Ergebnis des wachsenden Interesses auch des deutschen Volkes an Albanien, der Aufklärungsarbeit aller Freunde Albaniens, aber auch eine Folge davon, daß Albanien erfolgreich den Sozialismus aufbaut und seine Stimme international immer mehr Gewicht erhält (z. B. hat Albanien als einziges europäisches Land abgelehnt, an der KSZE teilzunehmen).

Die Sendung hat bei vielen Zuschauern einen positiven Eindruck hinterlassen. Aber sie hat geschickt positives mit negativem vermengt und unter Ausnutzung der Sympathie mit Albanien versucht, hinterrücks Albanien zu diffamieren und das albanische Volk von seinen Freunden zu isolieren.

1.) Klaus Liebe behauptet, daß der Bruch zwischen der Sowjetunion und Albanien eine Folge der eigennützigen Politik Enver Hoxhas ist, der „mit seinem Instinkt für Machtverschiebungen im sowjetisch-chinesischen Konflikt beizeiten für die asiatische Großmacht Partei ergriffen hat". In Wirklichkeit hat aber nicht Albanien, sondern die Chruschtschowclique sämtliche Beziehungen zu Albanien abgebrochen. Die Chruschtschowclique hatte die ehemals sozialistische Sowjetunion auf den Weg des Kapitalismus und Imperialismus zurückgeführt.

Sie wollte Albanien in ihre Kolonie, in ihren Zitronengarten und ein Urlaubsparadies für Funktionäre verwandeln. Mit dem Abbruch der Beziehungen versuchte sie den Widerstand der Albaner zu brechen. Liebe behauptet ferner, Albanien brauche China als Schutzmacht. China dagegen nütze dieses Interesse aus, um sich einen Brückenkopf für seine Expansion in Europa zu schaffen. Aber Albanien ist keineswegs ein Vorposten Chinas in Europa, sondern China und Albanien sind beide Vorposten des Sozialismus. Beide Länder verbindet der gemeinsame Weg beim Aufbau des Sozialismus, der Kampf gegen die gemeinsamen Feinde, insbesondere den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und die gemeinsame Unterstützung des Befreiungskampfes aller Völker der Welt. Aus diesem Grunde können China und Albanien keine Machtpolitik gegeneinander betreiben, sondern unterstützen sich gegenseitig auf brüderliche Weise. Offensichtlich versucht Klaus Liebe Widersprüche zwischen den sozialistischen Ländern China und Albanien zu konstruieren und die Widersprüche der revisionistischen Sowjetunion und Albanien zu vertuschen. Warum?

a) will er den Haß der Volksmassen auf die Machtpolitik der Sowjetunion auch auf die sozialistischen Länder lenken, die angeblich auch „Machtpolitik" betreiben.

b) bedauert er offensichtlich, daß Albanien nicht den Weg des Revisionismus gegangen ist, denn die revisionistischen Länder verschließen dem westdeutschen Imperialismus nicht die Tore.

c) will er die Beziehungen zwischen Albanien und China unterminieren, um Albanien doch noch, eventuell über die EG in das kapitalistische Westeuropa einzugliedern.



Begeistert bauen die albanischen Arbeiter den Sozialismus auf. Die Arbeiter der Metallfabrik Enver haben eine Aktion auf dem Land abgeschlossen.

Damit vertritt Klaus Liebe die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie, die den Revisionismus unterstützt und den Sozialismus bekämpft. Der Haß des deutschen Volkes jedoch auf den Revisionismus und Sozialimperialismus ist der Amboß, auf dem die deutsch-albanische Freundschaft geschmiedet wird.

Auch in den Aussagen über die Verhältnisse in Albanien selbst, ist die Sendung nicht objektiv. Auf der einen Seite lassen sich die Erfolge des sozialistischen Albanien nicht mehr verheimlichen: gut geführte Kindergärten, hochqualifizierte Berufsausbildung, kostenlose Krankenversorgung, niedrige Mieten, Steuerfreiheit, etc., sowie Freiheit von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung.

Aber Klaus Liebe erklärt nicht die Ursachen dieser Erfolge, die marxistisch-leninistische Politik der Partei der Arbeit Albaniens, die alle Bestrebungen der alten und neuen Ausbeuterklasse schonungslos bekämpft, die Diktatur über das Volk wiederzuerrichten.

Klaus Liebe stellt Enver Hoxha als Alleinherrscher dar, der mit Hilfe der „allmächtigen Sicherheitspolizei" und der „permanenten Militarisierung", die schon im Kindergarten ideologisch vorbereitet wird, sein Volk nach seiner Pfeife tanzen läßt. Die Glaubensgemeinschaften wurden „blutig ausgerottet", der Staat diktiert den Beruf des Einzelnen usw.

Das Kossovogebiet Jugoslawiens jedoch ist „ein liberaler, fortgeschrittener Selbstverwaltungsstaat", indem Religion frei ausgeübt werden kann.

Dieses Lob für Jugoslawien ist ein Lob dafür, daß die Tito-Revisionisten eine wilde Diktatur über das Volk wiederhergestellt und dem amerikanischen und westdeutschen Kapital Tür und Tor geöffnet hat. Noch in der BRD wollen Kossovo-Albaner der Gesellschaft der Freunde Albaniens ihre Adresse nicht geben, da sie Repressalien durch die Tito-Agenten fürchten. Albanien dagegen wird verleumdet, weil dort keine Freiheit für die westlichen Kapitalisten samt ihrer kirchlichen Agenten herrscht, dort das Volk befreit ist von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Weiter schreibt Klaus Liebe „dem rückständigsten Winkel" Jugoslawiens, dem Kossovogebiet noch einen höheren Lebensstandard zu als den Albanern der Volksrepublik.

Ist es vielleicht höherer Lebensstandard, wenn nur 40% der Kossovoalbaner in Jugoslawien Arbeit finden und Tausende gezwungen sind, z. B. in der BRD Arbeit zu suchen?

In der Volksrepublik Albanien jedoch ist niemand arbeitslos, niemand mehr gezwungen ins Ausland zu gehen, wie es vor der Befreiung üblich war. „Höherer Lebensstandard" herrscht im Kossovogebiet nur für die neue Bourgeoisie, nicht aber für das Volk, das mit großer Sympathie nach der Volksrepublik Albanien und seinen Errungenschaften blickt.

Propaganda für das revisionistische Jugoslawien, weil der Kapitalismus wiederhergestellt und Jugoslawien wieder im Einflußbereich auch des westdeutschen Imperialismus ist.

Propaganda gegen das sozialistische Albanien, weil dort die Arbeiterklasse herrscht, alle Bestrebungen der Wiederherstellung des Kapitalismus unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens vereitelt und allen Imperialisten entschlossen das Eindringen nach Albanien verwehrt.

Das ist das Ziel der Sendung. Doch das deutsche Volk wird trotz aller Gegenpropaganda der westdeutschen Bourgeoisie die Freundschaft mit dem albanischen Volk weiterhin festigen, weil es aufgrund seiner Interessen klar sieht, wo Fortschritt und wo Rückschritt herrscht.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk.

Der Sektionsvorstand Rhein/Main
Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V.